

Lübbeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübbeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post bezogen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 626.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechspaltige Zeitspalte oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 285

Dienstag, den 5. Dezember 1916.

23. Jahrg.

Zarte Friedensteime.

Der bekannte Pazifist Alfred H. Fried hat neulich die Bemerkung gemacht, daß nicht nur der Krieg, sondern auch der Friedensschluß seine Formen entscheidend geändert habe: der Beginn der Verhandlungen erfolge nicht mehr am grünen Tisch der Unterhändler, sondern in den öffentlichen Debatten der Parlamente.

Wenn einmal die Geschichte des großen Friedens geschrieben werden wird, dann wird in ihr auch eine Konferenz Erwähnung finden, die, wie wir berichteten, in Newport zusammengetreten ist. Von den Verhandlungen dieser Konferenz ist einsteuilen wenig bekannt, nur soviel geht aus den kurzen Berichten hervor, daß sich die Konferenz nur mit der Frage der Erhaltung des Friedens nach seinem Abbruch beschäftigt will, obwohl der hervorragende Redner, Jakob Schiff, erklärt hatte, daß schon jetzt die Zeit zum Handeln gekommen sei.

Aber was immer auf der Konferenz der amerikanischen Friedensfreunde geredet und beschlossen werden mag, bemerkenswert wird sie schon durch den Umstand bleiben, daß ihr sowohl von der französischen und der englischen wie auch von der deutschen Regierung Begünstigungen zugegangen sind. Der Ministerpräsident Briand und der Staatssekretär Lord Grey sandten Botschaften, in denen sie ihre Sympathie für die Bewegung ausdrückten. Auf der anderen Seite wies der deutsche Botschafter, Graf Bernstorff, auf die Erklärung des Reichsanzalters im Hauptauschuß des Reichstages hin, in der die grundsätzliche Bereitschaft Deutschlands, einem Bunde zur Bewahrung des Friedens beizutreten, ausgesprochen wurde.

Die Diplomatie der amerikanischen Friedensfreunde wird ohne weiteres begreiflich, wenn man sich daran erinnert, daß erst unlängst von englischer Seite jeder Versuch einer neutralen Friedensvermittlung zurückgewiesen wurde. Wäre die Konferenz mit dem Programm einer unmittelbaren Intervention hervorgerufen, so hätte sie auf eine sympathische Haltung der englischen und der französischen Regierung nicht rechnen können.

Wie sich die deutsche Regierung in solchem Falle verhalten haben würde, steht dahin. Als Symptom dafür aber vielleicht doch die Affäre des Scheidemannschen Friedensfunkgesprächs angesehen werden, die in der Presse der Rechten so viel Staub aufgewirbelt hat. Genosse Scheidemann war neulich von dem Berliner Korrespondenten der „Chicago Daily News“, Herrn Swing, gebeten worden, ihm seine Ansichten über die Möglichkeiten eines Friedens mitzuteilen. Genosse Scheidemann entwickelte seinen bekannten Standpunkt, und schloß mit einem Appell an den Präsidenten Wilson, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen. Diese Antwort Scheidemanns wurde funktentelegraphisch weitergegeben, so daß sie noch vor der Konferenz rechtzeitig ankam. Darob große Aufregung in der alldeutschen Presse. Die Funkentelegraphie ist ein amtlicher Apparat, ihre Meldungen stehen unter Zensur, und trotzdem konnte sie dazu benutzt werden, um den Friedensruf eines Sozialdemokraten über den Ozean zu schicken.

Nicht mit Rücksicht auf die deutsche, sondern auf die englische und französische Regierung hat die Newporter Friedenskonferenz ihrem Programm einen so bedeutsamen Inhalt gegeben. Dieser Bedeutsamkeit aber verdankt sie den Erfolg, daß sich auf ihrer Plattform die feindlichen Regierungen zu einer prinzipiellen Friedenserklärung zusammenfinden konnten, die freilich völlig unverbindlich, und nur ein Wechsel auf die Zukunft ist, mit der aber vielleicht doch eine erste Stufe in den steilen Weg gehauen ist, die zum Friedensstempel emporführt.

Die Vermittler des kommenden Friedens haben eine schwere Aufgabe vor sich: Mißtrauen empfängt sie von beiden Seiten. Zeigte sich der „Matin“ über den deutschen Appell an Wilson schon aufgeregt, und versicherte er, Frankreich werde in die „Falle“ der amerikanischen Friedensvermittlung nicht gehen, so wurden auf deutscher Seite ganz ähnliche Neußerungen laut, auch hier, d. h. natürlich nur von alldeutscher Seite, wurde jeder Friedensvermittlungsvorschlag als eine „Falle“ bezeichnet, in die man das deutsche Volk hineinlocken wolle. Ein amerikanischer Frieden, hieß es da, sei ein englischer Frieden, aber ein Frieden der deutschen Niederlage. Wem es nicht auf Prinzipien sondern auf Tatsachen ankommt, der wird sich sagen müssen, daß für einen Friedensvertrag entscheidend ist nicht, wer ihn angeregt hat, sondern was in ihm drinsteht. Niemand in Deutschland will, daß die deutsche Regierung einen Frieden der Niederlage unterzeichne, aber so gut will jedermann — von einer kleinen Minderheit abgesehen — daß die Selbstenheit zu einem ehrenvollen Frieden ergreifen werde, wo immer sie sich bietet.

Manches, was aus England und Frankreich, trotz peinlicher Zensur, zu uns herüberdringt, läßt darauf schließen, daß die Völker drüben allmählich zu der gleichen Erkenntnis heranreifen. Sie wissen, daß sie in diesem Kriege nicht be-

niegt worden sind, sie beginnen aber auch einzusehen, daß sie trotz der ungeheuersten Anstrengungen den geschlossenen Widerstand des deutschen Volkes zu brechen nicht in der Lage sind. Das deutsche Volk wird nicht aufhören, diesen Widerstand aufrechtzuerhalten, solange dieser Krieg es dazu zwingt, es wird ebensowenig aber aufhören, seine Friedensbereitschaft laut in alle Welt zu verkünden.

Wenn Amerika, das bisher an den deutschen Eroberungskrieg geglaubt hat, die Wahrheit erfährt, so ist das mehr wert, als eine gewonnene Schlacht.

In der „Wost. Itg.“ führt Georg Bernhard aus: „Die Friedensglocken! Noch vor wenigen Monaten hätte

man es als eine zügellose Whantasterei bezeichnet, überhaupt nur von ihnen zu sprechen. Heute empfinden wir alle, daß durch die Ereignisse der letzten Wochen das Ende des Krieges uns doch um ein bedeutendes näher gerückt ist. Es scheint sogar die Staatsmänner schon eine gewisse Nervosität ergriffen zu haben. Die militärischen Errungenschaften haben eine politische Lage geschaffen, die uns eine Freiheit des Handelns und der Verhandlungen verleiht, wie wir sie uns bisher nicht wünschen können. Eine Lage, die unvergleichlich ist, wenn wir uns unserer Kraft bewußt bleiben und wenn wir im Vertrauen auf diese kraftvolle Stärke jetzt die kühle Ruhe bewahren, die dem Starzen ziemt, und ihm nützt, weil sie ihn noch härter macht.

Von den Kriegsschauplätzen.

Als hervorsteckendstes Moment des gestrigen deutschen Heeresberichts kann wohl die gemeldete Vereinigung zwischen den sämtlichen von Norden, Westen und Süden vorgestoßenen deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen bezeichnet werden. Getrennt sind sie marschiert, haben den zähen Widerstand des Gegners gebrochen und werden nun vereint ihr Werk fortsetzen. Ihre Schlagkraft ist durch diese Vereinigung natürlich wesentlich erhöht worden.

Das weitere siegreiche Vordringen der verbündeten Truppen in Rumänien wird eindrucksvoll beleuchtet durch die Beute, die sie dort machen konnten. In der Zeit vom 29. November bis 3. Dezember sind nicht weniger als 20 724 Rumänen gefangen worden. Ueber das eroberte militärische Material liegen abschließende Ziffern noch nicht vor. Neben der militärischen Beute kommen auch noch die zahlreichen wirtschaftlich verwertbaren Bestände in Betracht, die in die Hand unserer siegreichen Truppen gefallen sind. So wurden im Altale starke Viehherden und umfangreiche Lager an Körnerfrüchten erbeutet. In den bereits besetzten Gebieten sind große Vorräte an Mais und ein guter Stand an Haustieren, Geflügel usw. vorhanden. Selbstverständlich wird bei allen Requisitionen streng nach dem Völkerrecht verfahren werden. Die Bodenschätze der westlichen Walachei sind hinreichend bekannt.

Die eingesehete deutsche Verwaltung ist mit einem zahlreichen wirtschaftlichen Generalstab ausgestattet, der die Aufnahme und die Nachbarmachung des rumänischen Verkehrs zu organisieren haben wird. Die Bereitstellung von Transportmitteln wird allerdings noch einige Zeit dauern, da naturgemäß zunächst alle Verkehrsgelegenheiten für den Nachschub und die Verpflegung der kämpfenden Armeen ausgenutzt werden müssen, doch dürfte sich namentlich der Donauweg nutzbar machen lassen. Vorräte aus Rumänien werden im Zusammenwirken mit den eingeseherten Kriegssäckern für die Wirtschaft der Mittelmächte dienlich gemacht werden.

Für das neue Wirtschaftsjahr wird es für Deutschland von außerordentlicher Bedeutung sein, über den fruchtbaren Weizenboden der Walachei verfügen zu können und unter unserer Bewirtschaftung darf dort auf eine wesentliche Steigerung des Ertrages gerechnet werden. Welche Möglichkeiten sich dabei eröffnen, geht zur Genüge aus der Tatsache hervor, daß wir schon jetzt 45 000 Quadratkilometer von Rumänien besetzt haben, das ist das Doppelte dessen, was wir an französischem Boden in Händen haben.

Ueber die Ueberwindung des Argesul wird amtlich aus Berlin gemeldet: Der Argesul, an dem am 3. Dezember die Schlacht stattfand, ist ein Gebirgsstrom mit wechselnder Breite. Die Breite beträgt von Piteşti bis südwestlich Titu zwischen 200 bis 300 Metern. Der Fluß hat hier eine Wassertiefe von 20 Metern. An verschiedenen Stellen sind Furten vorhanden. Weiter abwärts verengt sich das Bett. Der reißende Strom wird hier überall zum absoluten Hindernis. Die vorhandenen Brücken haben eine Länge von 300 Metern. Wäre es nicht gegliedert, durch stärkstes Nachdrängen den Feind am Sprengen der Brücken und dem planmäßigen Besetzen der am jenseitigen Ufer befindlichen ausgebauten Stellungen zu verhindern, wäre voraussichtlich ein längerer Aufenthalt vor dem starken Abbruch unvermeidlich gewesen.

Bezeichnend ist es, wie die Gegner über die Vorgänge in Rumänien berichten. Wir lassen zwei Beispiele folgen:

Der rumänische Bericht vom 3. Dezember besagt: „Nord- und Nordwestfront: An der Westgrenze der Moldau und im Norden der Walachei lebhafteste Artillerie- und Infanterietätigkeit. Wir griffen den Feind an mehreren Punkten an und nahmen ihm 120 Gefangene ab. Im Dambowitza-Lale keine Veränderung. Westfront: Auf dem rechten Flügel griff der Feind mit Erbitterung unsere Stellungen an und zwang unsere Truppen, sich gegen Titu zurückzuziehen. Im Glavacioc und Nealkow schlugen unsere Truppen in der Gegend Dragacesti eine türkische Division und in der Gegend Chimpaş Mihalesti das Gros der deutsch-bulgarischen Streitkräfte, wobei sie gegen Süden zurückwarfen. Wir machten Gefangene und erbeuteten Kriegsmaterial. Südfront: In der Dobrudscha Artilleriebeschießung.“

Und die Russen berichten über die rumänische Front: „Donaufront: Im Arges-Tal dauern die feindlichen Angriffe und Kämpfe an. Sie nahmen in dieser Gegend den Cha-

rakter einer großen Schlacht an. Unter dem Druck des Gegners zogen sich die rumänischen Truppen, die im Süden von Kavallerie umgangen waren, in südöstlicher Richtung zurück. Die rumänischen Operationen weichen und südlich von Bularest nehmen dank der Hilfe der eingetroffenen russischen Truppen einen günstigen Verlauf. Die bulgarischen und deutschen Truppen sind gezwungen, sich zurückzuziehen. Wir brachten hier Gefangene und Trophäen in noch nicht gekannter Menge ein. Bis jetzt wurde festgestellt, daß 25 Geschütze erbeutet worden sind.“

Der neue russische Ministerpräsident Trepow hielt in der Duma eine Eröffnungsrede, die sich würdig den Reden seiner französischen und englischen Kollegen anreicht. Er führte u. a. aus:

„So groß auch die Schwierigkeiten, so groß auch die zeitweiligen Rückschläge sein mögen, werden Rußland und seine tapferen Krieger die letzten Soldaten dem Staat zur Verfügung stellen, damit der Krieg zu einem siegreichen Ende geführt und die Anschläge und Gewalttätigkeiten der Deutschen für alle Zeit vereitelt werden. Die Macht des Feindes ist nicht mehr ungebrochen, aber es bedarf noch ungeheurer Anstrengungen, um den Gegner, der alle seine Kräfte ansetzt, endgültig niederzuschlagen.“

Zu den inneren Fragen übergehend, fuhr der Minister fort: Der Mangel einer festen Ordnung, namentlich in der Frage der Verpflegung, hat sich bis zu einem Grade fühlbar gemacht, daß sich trotz Ueberflusses an Erzeugnissen und Menschen an zahlreichen Orten beträchtliche Schwierigkeiten zeigen. Ueberdies ist es notwendig, die Frage zu unteruchen, ob nicht auf das System der besonderen Ermächtigungen und Verbote verzichtet und ein anderes angenommen werden muß, das dem Handel weiteren Spielraum gibt. Vor allem ist es unerlässlich, Werkstätten und Fabriken im Lande zu errichten, die imstande sind, die tapferen Armeen mit den erforderlichen Waffen und dem Kriegsmaterial zu versorgen, damit keine bedrohlichen Ereignisse sie unvorbereitet treffen könne. Weiter sei unerlässlich, die technischen Kräfte des Landes zu verwerthen. Ein Gesetzesentwurf über den allgemeinen obligatorischen Unterricht und über Maßnahmen zur Hebung des Kulturzustandes der Bevölkerung wird der Duma vorgelegt werden.

Der Minister entwirft dann ein Programm für die Arbeit aller Verwaltungsorgane und fuhr dann fort: Wir müssen den Krieg bis zur Vernichtung des deutschen Militarismus führen und bis es ihm unmöglich ist, sich in naher Zukunft wieder zu erholen. Der gegenwärtige Krieg muß gekrönt werden durch einen Sieg, nicht nur über den äußeren, sondern auch über den inneren Feind. Wir erkennen jetzt, daß die russische Industrie, die russische Schule, die russische Wissenschaft und die russische Kunst unter dem Joch des Deutschtums stehen. Der Feind hält noch immer einen Teil unseres Gebietes besetzt. Wir müssen es noch wiedererobern, um von dort aus das teilweise durch Waffengewalt abgetrennte Polen wieder zu gewinnen. Wir müssen dem Feinde die einzigen polnischen Gebiete jenseits der Grenze entreißen. Wir wollen ein freies Polen in seinen ethnographischen Grenzen und in unlösbarer Vereinigung mit Rußland wiederherstellen.

Der Schlüssel zum Bosporus und den Dardanellen, das sind die Jahrhunderte alten Träume, die dem russischen Volk zu allen Zeiten seines Bestehens vertraut waren. Diese Wünsche sind seit Kriegsbeginn der Erfüllung nahe. Am Wenzelsblut zu schonen, haben wir mit unseren Verbündeten alles getan, um die Türkei von einer Teilnahme von dieser hinföhen Feindseligkeit zurückzuhalten. Es wurden der Türkei Versicherungen und formelle Verprechen gegeben, durch die ihr die Unverletzlichkeit ihres Gebiets und ihre Unabhängigkeit garantiert und ihr außerdem noch einige gewaltige Vorteile gewährt wurden. Aber geblendet durch die falschen Versprechungen Deutschlands besiegelte die Türkei ihr Schicksal. Die Vereinbarungen, die 1915 von England und Frankreich geschlossen wurden und denen auch Italien beitrug, bestimmen endgültig Rußlands Recht auf die Meerenge und Konstantinopel.

Das russische Volk muß wissen, wofür es sein Blut vergießt und in Uebereinstimmung mit seinen Krieger werden heute Erklärungen über die Vereinbarungen von dieser Tribüne abgegeben werden. Es besteht kein Zweifel, daß Rußland, nachdem es die freie Zufuhr ins Mittelmeer soworan in Besitz genommen hat, der rumänischen Flotte die Schiffsahrt gewähren wird.“

Nach Londoner Nachrichten schlug Asquith dem König den Rücktritt des ganzen Ministeriums vor. Er selbst will dann wieder die Neubildung des Kabinetts übernehmen und hat dann zweifellos die Absicht, Lloyd Georges Wünsche zu entsprechen, sobald in Wirklichkeit letzterer das geistige Oberhaupt des neuen Ministeriums sein dürfte. Grey und Balfour sollen angeblich schwimmen und energischeren Personen Platz machen. — Nach einer Meldung des „Daily Express“ soll die Ministerkrise bereits ge-

Ist sein. Das Kabinett wird 23 Mitglieder umfassen. Der Kriegsrat wird umgestaltet werden und zwar in der Weise, daß ihm eine genaue Kontrolle über die militärischen Operationen zusteht. Damit ist die Auflösung des Ministeriums vermieden. — Die nächsten Tage werden Klarheit bringen. Das eine aber steht heute schon fest: Der englische Kurs wird nicht gemildert, sondern eher noch verschärft.

Die Kriegslage.

Westlicher Kriegshauptplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Herzog Albrecht von Würtemberg.

Im Puen- und Wylschacte-Bogen gingen im Anschluß an Sprengungen englische Patrouillen gegen unsere Stellungen vor. Einzelnen gelang es, in den vordersten Graben zu kommen; sie wurden im Handgemenge überwältigt oder zurückgetrieben. Von den übrigen Armeen sind besondere Ereignisse nicht zu berichten.

Ostlicher Kriegshauptplatz.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold v. Bayern.

Nördlich der Dnyprostj-Seen gingen nach starker Feuerorbereitung russische Kräfte gegen unsere Linien vor; sie wurden verlustreich abgewiesen. Ebenso scheiterte der Vorstoß feindlicher Streifabteilungen an der Bystrica Solotwinska.

Eigene Unternehmungen westlich von Tarnopol und südlich von Stanislaw hatten Erfolg.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

In den Waldtruppen hat gestern die Angriffsfähigkeit der Russen nachgelassen, nur zu leicht zurückgewiesenen, schwächlichen Vorstößen raffte sie sich an einigen Punkten noch auf. Geheiligertes Schützengewehr scheint das Abblauen der Angriffe verdeden zu sollen.

Stärker war der russische Druck noch an der siebenbürgischen Front. Am Trososul-Tal gelang es dem Feind, kleine Vorstöße zu machen. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen entziffen ihm weiter südlich eine jüngst verlorene Höhenstellung wieder.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen.

Der 3. Dezember brachte in der Schlacht am Argeşul die Entscheidung; sie ist gewonnen.

Die Operationen der Armee des Generals der Infanterie von Falkenhayn — Mitte November durch die siegreiche Schlacht von Targu Jiu begonnen — und der auf das Nordufer der Donau gegangenen deutschen, bulgarischen und ottomanischen Kräfte sind von Erfolg gekrönt gewesen.

Die unter Führung des Generals der Infanterie Kojich kämpfende Donau-Armee von Siflow her, die durch die westliche Walachei über Craiova vordringende Armee des Generalleutnants Kuehne, die nach hartem Kampfe Klings des Argeşul aus dem Gebirge heranstreichende Gruppe des Generalleutnants Krafft von Dellmensingen und die unter Befehl des Generalleutnants von Murgau über Campulung vordringende deutsche und österreichisch-ungarische Truppen haben ihre Vereinigung zwischen Donau und dem Gebirge vollzogen.

Der linke Flügel nahm gestern Targoviste. Die Truppen Generalleutnants Krafft von Dellmensingen zogen von Pitesti ihren Siegeszug fort, schlugen die erste rumänische Armee vollständig und trieben ihre Reste über Titu, den Gabelpunkt der Bahnen Belareh auf Campulung und Pitesti, in die Arme der bewährten Infanterie-Division unter Führung des Generalleutnants Schmidt von Anoldsdorf.

Auf dem linken Argeşul-Ufer, nordwestlich und westlich von Bukarest blieb der Kampf in erbittertem Fortschreiten. Südwestlich der Stellung wurde der Rumäne, der nach aufsteigendem Reich die Höhe hatte, die Donau-Armee vereinzelt zu schlagen, während sein Nordflügel — die erste Armee — handhelt, über den Neajlov gegen der Argeşul zurückgeworfen.

Südlich von Bukarest waren starke rumänisch-russische Angriffe abgewehrt. Auch hier wurde dem Feinde eine schwere Niederlage bereitet.

Kavallerie und Flieger gelangten Bahnunterbrechungen im Rücken des rumänischen Heeres.

Die Haltung unserer Truppen in den siegreichen Kämpfen war über alles Lob erhaben, ihre Verwundungen gewaltig. Das reiche Land und die erbeuteten gefüllten Verpflegungsfahrzeuge des Gegners erleichterten die Versorgung der Truppe.

Die rumänische Armee hat die schwersten blutigen Verluste erlitten.

Zu den Tausenden von Gefangenen aus den vorhergehenden Tagen kamen gestern noch über 8000 Mann.

Die Beute an Feldgerät und Kriegsmaterial aller Art ist unerschöpflich. Es fielen bei der Donau-Armee 35 Geschütze, bei Titu 13 Lokomotiven mit vollem, rollendem Material in unsere Hand.

Die Operationen gehen planmäßig weiter; neue Kämpfe stehen bevor.

In der Dobruđa sind größere Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Ohne Einfluß auf die Entscheidung stehenden Schlagen in Rumänien bleibt der Verlust einer auf dem Hügel der Cerna gelegenen Höhe, die gestern von den Serben genommen wurde und die damit verbundene Verlegung eines Teiles unserer dortigen Stellung.

Der Erste Generalquartiermeister: Erdendorff.

188. Berlin, 4. Dezember, abends. (Schluß.) Frankreich ein englischer Vorstoß südlich von Le Sers; sonst im Somers-Gebiet nichts Neues.

Kämpfe südlich und westlich Bukarest in für uns günstigen Fortschreiten.

Wien, 4. Dezember. (Schluß.)

Ostlicher Kriegshauptplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarshalls von Mackensen.

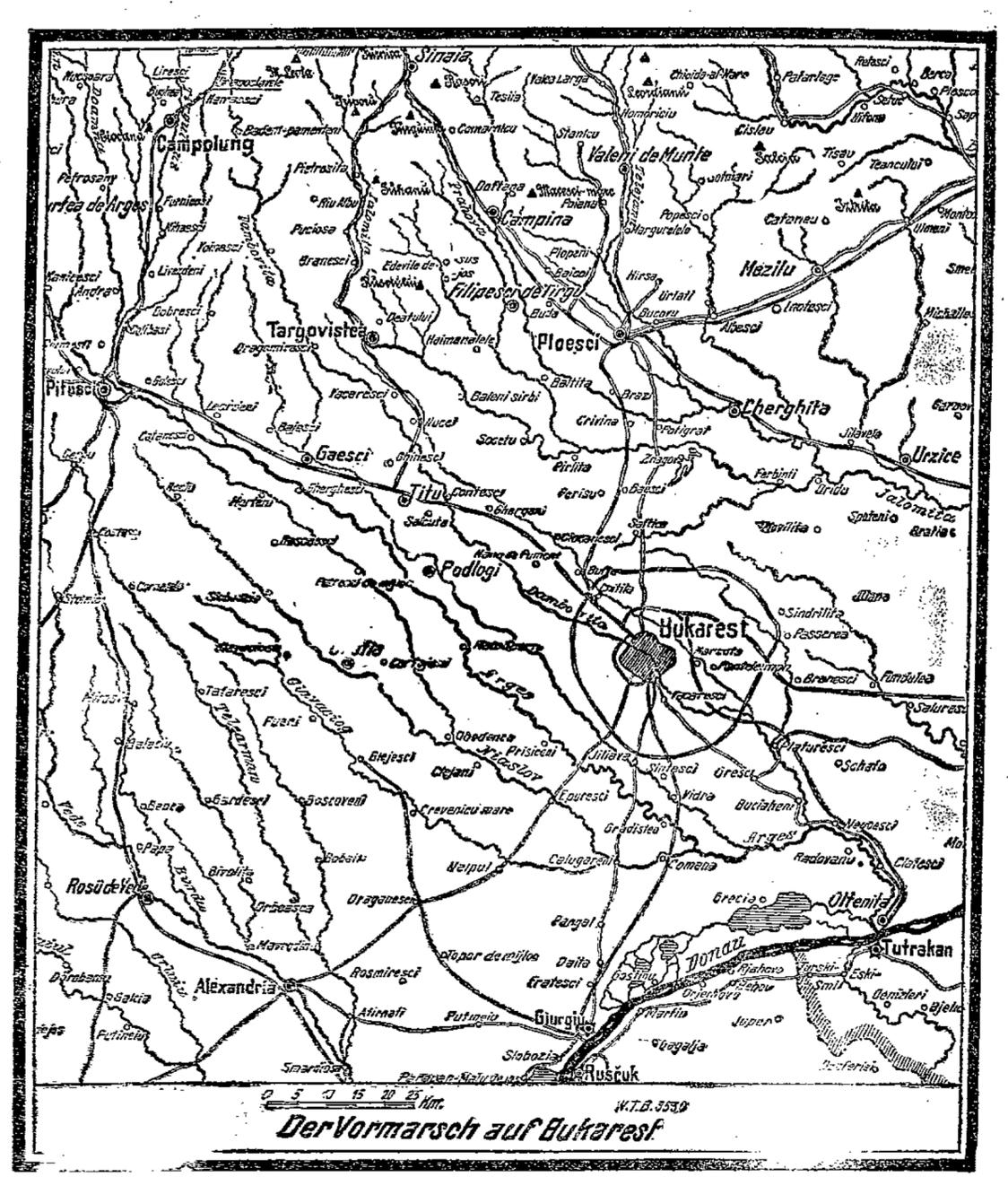
Die Schlacht am Argeşul hat zu einem Sieg von entscheidender Bedeutung geführt. Der Vorstoß der Donau-Armee an dem unteren Argeşul war durch den von den Rumänen und ihren Bundesgenossen mit großen Hoffnungen begleiteten Gegenangriff nicht zu brechen. Die feindlichen Angriffstruppen wurden vollständig von Dragareci zurückgeworfen und durch empfindliches Vergehen über den Neajlov zurückgeworfen. In diesen Kämpfen nahmen an der Seite deutscher, bulgarischer und ottomanischer Truppen auch österreichisch-ungarische Grenzgarden und Batterien teil.

Siegreich erzwang sich westlich von Bukarest eine Abzugstruppe den Übergang über den Argeşul. Sie drang gestern bis Titu vor und erzwang hier den Rückzug der rumänischen 1. Armee, die tags zuvor von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Generalleutnants Krafft von Dellmensingen südlich von Pitesti geschlagen worden sind.

Starke rumänische Abteilungen wurden vernichtet. Weiter westlich nahmen die Verbündeten Truppen in Besitz. Die Kavallerie in der linken Walachei abgewiesener rumänischer Truppen wurde in jenseitigen Gebieten vernichtet. Die Donau ist gesichert.

Weber die außerordentlich reichliche Beute liegen sich nach dem Übergang jenseitigen Argeşul. Sie wird für die Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Während schon in der westlichen Ebene der jüngste Gegenangriff unserer Truppen entschieden gescheitert wurde, nahmen sich die Russen westlich von der Donau an, die österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen des Generals von Murgau und von Kojich einen



Der Vormarsch auf Bukarest

auch auf Rumänien rückwirkenden Erfolg zu erringen. Wenn auch die Entlastungsverträge gewiß noch nicht abgeschlossen sind, so ergibt sich doch das Resultat der russischen Angriffe in den Karpaten, daß der erköpft stark hergerommene Feind dringend einer Kampfpause bedürfte. Nur beiderseits des oberen Trososul-Tales setzten die Russen ihre Angriffe in unverminderter Heftigkeit fort. Sie künftigen Stellen bis zu 10 mal, wurden aber, von unmerklichen Schwankungen abgesehen, überaus zurückgeschlagen. Im Süden des Abschnittes entziffen wir dem Gegner eine kürzlich an ihn verlorene Höhe.

Front des Generalfeldmarshalls Prinz Leopold v. Bayern.

Stellenweise Kampfhandlungen untergeordneter Bedeutung.

Italienischer Kriegshauptplatz.

Das Geschützfeuer im Karpatenabschnitt dauert fort. Auch die Minenwerferkämpfe haben wieder begonnen. Ein italienisches Flugzeuggeschwader warf bei Dulioje, Groß-Neven und Sejana ohne Wirkung Bomben ab. Unsere Flieger griffen den Feind an und zwangen bei Raoshnje einen Caproni mit vier Insassen zur Landung. In diesem Luftkampf zeichneten sich Linienführerleutnant Sanfeld und Oberleutnant Braunowki aus.

Südöstlicher Kriegshauptplatz.

Unverändert.

Ereignisse zur See.

Am 3. Dezember abends hat eines unserer Seeflugzeuggeschwader die feindliche Stellung bei Dohberds sehr erfolgreich mit Bomben belegt und letztere trotz heftigster Beschädigung unversehrt zurück.

Die Vorgänge in Griechenland.

Auch heute liegen wieder zahlreiche Meldungen vor, die wohl nur bedingt ein zutreffendes Bild von den tatsächlichen Vorkommnissen geben. Wir lassen auch heute nur die wichtigsten Nachrichten folgen:

Die Athener Kämpfe.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Athen vom Sonnabend: Der Hergang des geistigen Zusammenstoßes zwischen Marineoffizieren der Alliierten und griechischen Truppen ist kurz gefaßt folgender: Durch übermäßige Kräfte angegriffen, mußten die Alliierten mit dem Verlust von zahlreichen Toten, Verwundeten und Gefangenen sich zurückziehen. Bis 4 Uhr nachmittags befehligte die Flotte gewisse Punkte von Athen; es wurden etwa 28 Geschütze abgefeuert, von denen sieben drei in die Gegend des Schlosses. Durch das Einschreiten der Geandten der Entente wurde Sonnabend früh eine Einstellung der Feindseligkeiten vereinbart. Die Referenzen sind mobilisiert. Ein Athener Blatt sagt, es sei noch nicht klar, ob der geistige Log den Krieg oder das Ende des Krieges zwischen Griechenland und der Entente bedeuere. Die einzigen Streitkräfte, die in Athen bleiben, sind eine französische und eine englische Abteilung, die im Jappeion Quartier bezogen haben. Es sei vereinbart worden, daß sie heute zurückgezogen werden. Gleichzeitig sollen die französischen Gefangenen, nach der „Daily Mail“ etwa hundert, entlassen werden. Am Sonnabend hielt die Schiedserei an, aber hauptsächlich zwischen königstreuen Griechen und Benizeliten.

General Callaris berichtet, daß in den Kämpfen am 1. Dezember 29 griechische Militärpersonen, darunter drei Offiziere, getötet und 54 verwundet wurden, während auf französischer Seite 47 Marineinfanteristen, 200 Soldaten, 3 Offiziere getötet und 97 verwundet wurden.

Nach einem Amerikaner Blatt meldet die „Times“ aus Athen vom 2. Dezember: Um 5 Uhr nachmittags befohlen drei französische Torpedobootsjäger den Hügel Drethos, von wo eine Kanone auf Jappeion, das Quartier der griechischen Patrouillen, gerichtet hatte. Eine Granate fiel in den inneren Hof des dort am Hügel gelegenen königlichen Palastes, wo eine Konzentration abgehalten wurde. Die benizelischen Wälder wurden juspendiert.

Benizeliten als Kämpfer.

20 bewaffnete Kreter verschanzten sich im Hause von Benizelos und weigerten sich, das Haus zu verlassen. Sie feuerten vom Dach auf jeden, der sich ihnen näherte. Der Kriegsminister befahl, Maschinengewehre aufzustellen, währenddessen die Kreter nochmals aufgefordert wurden, sich zu ergeben, was sie nach längerer Beratung taten. Sie wurden unter starker Bedeckung nach dem Parlamentsgebäude gebracht, das zeitweilig als Militärgefängnis dient. Auf dem kurzen Wege dorthin hatte die Eskorte große Mühe, sie vor der Menge zu schützen. Um 4 Uhr war die Ordnung wieder hergestellt. Das Geschützfeuer in den Straßen hörte auf. Starke Kavalleriepatrouillen bewachen die Stadt.

Die Ursachen.

Die „Times“ erzählt aus Athen, 2. Dezember: Im ganzen wurden Freitag früh 3000 Mann Truppen der Entente ausgeschifft, die in drei Abteilungen nach Athen vorrückten. Als sie an die Punkte kamen, die ihnen angewiesen worden waren, fanden sie von griechischen Truppen besetzt, die, als sich die Alliierten zurückzuziehen begannen, feuerten. Der Kampf begann vormittags um 10 1/2 Uhr und endete, nachdem ein Waffenstillstand geschlossen worden war, nachmittags 2 Uhr. Die Alliierten hatten bedeutende Verluste, namentlich die Italiener litten schwer. Man glaubt, daß hundert Franzosen gefangen genommen wurden.

Eine Schlappe der Entente?

Die Truppen der Alliierten wurden, nach einer Havas-Meldung, nach Piräus zurückgeführt. Die Regierung bot Admiral Fournet sechs Batterien Gebirgsartillerie an, aber die Geandten der Alliierten erhielten von ihren Regierungen die Weisung, zu erklären, die Frage sei viel ernster, als die Abtretung von Kriegsmaterial und die Regierung müsse eine dem schwereren Anschlag entsprechende Genugtuung geben. — Nach dem ersten Teil dieser Meldung haben sich die Alliierten also aus Athen zurückgezogen, nachdem ihr Plan, die griechische Hauptstadt zu besetzen, an dem Widerstand der griechischen Truppen scheiterte.

Die Alliierten beabsichtigen eine radikale Lösung.

Lord Robert Cecil erklärte auf eine Anfrage im englischen Unterhaus: Ich bedaure erklären zu müssen, daß die Lage in Griechenland außerordentlich ernst ist. Trotz der formellen und wiederholten Versicherung des Königs von Griechenland und der Regierung, daß keine Ruhestörungen gedeutet würden, wurden höchst verräterische und provozierende Angriffe auf Abteilungen der Alliierten unternommen, die von dem französischen Admiral am 1. Dezember gelandet worden waren. Zahlreiche Verluste waren die Folge. Ein vollständiger Bericht liegt noch nicht vor. Die britische Regierung ist der Ansicht, daß die Verantwortung des Königs und der Regierung von Griechenland dadurch in Mitleidenschaft gezogen wird. Sie erwägt mit ihren anderen Verbündeten wichtige Schritte, um eine radikale Lösung der Lage, die entstanden ist, zu sichern.

Nach einer Neuntermeldung vom Sonntag scheint die Gelegenheit zwischen Griechenland und der Entente wieder vorläufig? — erledigt zu sein. Die Meldung lautet: Wie verhandelt, sollen 8 statt 6 Batterien sofort nach Unterzeichnung eines Protokolls der Entente ausgeliefert werden. Die Regierung wird den Untertanen der Ententeländer ihren vollen Schutz gewähren und auch geeignete Bürgschaften leisten für die verhafteten Benizeliten. In Hofkreisen erfährt

man, daß die normalen Beziehungen zur Entente wiederhergestellt sind. — Inwiefern diese Meldung zutrifft, ist natürlich nicht zu sagen.

Demission des griechischen Gesandten in Paris.

Im Hinblick auf die Ereignisse in Athen reichte Kommandos der Regierung seine Demission als griechischer Gesandter in Paris ein. Der griechische Gesandtschaftsrat Kalamianos demissionierte ebenfalls.

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Tariffürdigung im Schneidergewerbe. Es wird zum mindesten die Berufskollegen und -Kolleginnen im Schneidergewerbe interessieren, für welche Orte die Tariffürdigung erfolgt ist. Der Zentralvorstand des Schneiderverbandes hat die Tariffürträge der Herrenmaß-, Uniform- und Damenschneiderei für nachstehend bezeichnete Orte gekündigt: Altenburg, Apolda, Arnstadt, Augsburg, Baden-Baden, Barmen, Berlin, Bernburg, Bielefeld, Blankenburg a. Harz, Bonn, Bottrop, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Bremerhaven, Breslau, Bromberg, Cassel, Celle, Chemnitz, Cöln a. Rh., Coburg, Cottbus, Crefeld, Danzig, Darmstadt, Dessau, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Elberfeld, Ems (Firma Horz), Erfurt, Erlangen, Eschwege (Firma Reich), Eisen-Auh, Flensburg, Finsterwalde, Frankfurt a. M., Frankfurt a. d. O., Freiburg i. Br., Fürth i. Bayern, Gelsenkirchen, Gera, Gießen, Gmund-Schwarz, Görlitz, Gotha, Göttingen, Greiz, Güstrow, Halberstadt, Halle a. S., Hamburg, Hamm i. W., Hannover, Harburg, Heidelberg, Heilbronn, Herne, Hildesheim, Hirschberg in Schlesien, Jena, Jüchow, Karlsruhe, Kiel, Kitzingen, Königsberg in Preußen, Köslin, Lahr, Landau, Leipzig, Limbach, Limburg, Ludwigshafen, Lübeck, Lüneburg, Magdeburg, Mainz, Mannheim, Marburg, Meiningen, Meißen, Weß, Mühlheim a. Rh., München, Münster i. W., Naumburg, Neumünster, Neustadt a. Hardt (Firma Andreas Goller), Nürnberg, Oelsnitz, Offenbach, Ohligs, Oldenburg, Osnabrück, Pforzheim, Pirmasens (Firma H. Eberhardt), Plauen i. V., Posen, Pößneck, Potsdam, Quedlinburg, Raasdorf (Firma Franz Burckhardt Nachf.), Rathenow, Recklinghausen, Regensburg, Reichenbach i. W., Reinsburg, Reutlingen (Firma A. Geisel), Rostock, Saarbrücken, Solingen, Sonderhausen, Schwerin, Staßfurt, Stendal, Stettin, Stolp i. P., Stralsund, Straubing, Stuttgart, Trier, Ulm a. Donau, Varel, Weißenhof (Firma C. Harburger), Weimar, Wernigerode, Wiesbaden, Wilhelmshaven, Witten a. Ruhr, Wittenberge, Zerbst und Zwickau. Gefordert wird, daß in allen diesen Orten jedem Arbeiter ein Lohnzuschlag von 25 Prozent bezahlt wird. Dabei sollen die auf Grund der Verordnung vom 4. April d. J. vom Unternehmer zu zahlenden 10 Prozent Lohnzuschlag nicht eingerechnet werden.

In der Begründung für die gestellte Forderung wird u. a. unter Zugrundelegung einer volkswirtschaftlichen Statistik über die Steigerung des Lebensmittelaufwandes nachgewiesen, daß die Forderung von 25 Prozent Lohnzuschlag bei weitem nicht der tatsächlichen Lebensmittelerhöhung entspricht. Weiter wird darauf verwiesen, daß die in öffentlichen Körperschaften angestellten Beamten eine Erhöhung der Gehälter erhalten haben, wie denn auch alle Arbeiter, fast ohne Ausnahme, in allen Gewerbe- und Industriezweigen bedeutende Lohnaufbesserungen erhalten haben.

Dem Hinweis der Unternehmer bei allen Anträgen auf Gewährung einer Lohn- oder Steuerzuschläge, daß das Gewerbe eine weitere Belastung durch den Arbeitslohn nicht ertragen könne, wird damit begegnet, daß, wie in allen anderen Gewerben, jede durch den Krieg eingetretene Belastung auf die Konsumenten abgewälzt würde, dies auch im Schneidergewerbe geschehen müsse, zumal bei der Verteuerung der Materialien jetzt schon der Verkaufspreis der Fabrikate erhöht werden müßte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 5. Dezember.

Ein Verwaltungsgericht

wird nunmehr wohl in nächster Zeit auch in Lübeck geschaffen werden, nachdem gestern die Bürgererschaft einem diesbezüglichen Beschlusse ihre Zustimmung erteilt hat. Die Geschichte dieses Beschlusses spielt bis zum Jahre 1902 zurück, wo der Senat in einem Entwurf schwebende Anläufe zu einer Regelung des Verwaltungsstreitverfahrens unternahm. Die Bürgererschaft erklärte sich im Jahre 1908 hiermit nicht einverstanden, sondern folgte einer von ihr eingesetzten Kommission, die ein Verwaltungsgericht forderte und den Gerichtshof aus zwei Senatoren und drei Richtern zusammengesetzt wissen wollte. Dieses Gericht sollte grundsätzlich über alle Verwaltungsstreitigkeiten entscheiden. Die Bürgererschaft forderte außerdem die Schaffung zweier Instanzen, also mit anderen Worten neben dem Verwaltungsgericht ein Oberverwaltungsgericht. Im Jahre 1914 kam endlich der Senat mit einer Vorlage heraus, in der er auf der Grundlage einer Instanz im allgemeinen den Wünschen der Bürgererschaft Rechnung trug. Leider hatte er es nicht für erforderlich gehalten, den bereits im Jahre 1908 von der sozialdemokratischen Fraktion aufgestellten Forderungen in bezug auf die Zusammenlegung des Gerichtshofes zu entsprechen. Diefelben gingen dahin, den Gerichtshof aus einem Senator, einem Richter und drei Laien zusammenzusetzen. Vorgehen war in der Senatsvorlage, daß der Gerichtshof aus einem rechtskundigen Senatsmitglied, einem weiteren rechtskundigen Senator oder einem höheren Verwaltungsbeamten und drei Richtern bestehen sollte. Der Bürgerauschuß setzte eine Kommission ein, die in ihrer Mehrheit den Gerichtshof aus drei Rechtskundigen und zwei Laien zusammengesetzt wissen wollte. Die Minderheit, bestehend aus Dr. Langenhein und Stellung, wollte jedoch dem Laienelement die Mehrheit im Gerichtshofe gestehen und verlangte deshalb zwei Rechtskundige und drei Laien. Hiermit drang sie leider auch gestern in der Bürgererschaft nicht durch, wie auch ihr Kompromißvorschlag, im Falle der Einführung eines Oberverwaltungsgerichts das Laienelement überwiegen zu lassen, vor den Augen des Senates keine Gnade fand. Zwei Laien wollte der Senat zugestehen, aber ihnen beileibe nicht die Mehrheit einräumen. Und doch entspräche das, wie Genosse Stellung gestern als Redner unserer Fraktion ausführte, dem Gebot der gegenwärtigen Zeit. Das Verwaltungsgericht hat die Entscheidung zu treffen über eine ganze Reihe von Fällen, wo die Männer der Praxis das entscheidende Wort zu reden haben. Tritt es doch an die Stelle der Rekursbehörde in Gewerbesachen, hat es doch weiter zu entscheiden bei der Ansetzung von Verfügen und Entschädigungen, welche die Entrichtung von Steuern, Abgaben, Gebühren oder Beiträgen an den Staat zum Gegenstand haben. Das sind in der Hauptsache Streitpunkte, in welchen nicht der tote Paragraph, sondern das praktische Leben ausschlaggebend sein müßte. Während neben unserem Genossen die Herren Dr. Langenhein und Albers diesen Standpunkt mit Wärme vertreteten, bekämpften denselben außer den Senatskommissaren die Herren Dr. v. Broden und Dr. Benda. Wie schon erwähnt, folgte die Bürgererschaft leider den Darlegungen der Rechtsanwender und nahm das Gesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokraten — die unter diesen Umständen aus grundsätzlichen und praktischen Erwägungen nicht für dasselbe stimmen konnten — an. Wir sind überzeugt davon, daß die Zeit kommen wird, wo auch der Senat aus den Verhältnissen heraus gezwungen sein wird, den gestern vorgetragenen Wünschen der sozialdemokratischen Fraktion zu entsprechen.

Die Bürgererschaft nahm gestern zunächst die Wahl von 15 Bürgerauschlußmitgliedern vor. Unsere Leser finden die Namen der Gewählten im Verhandlungsbericht. Von der sozialdemokratischen Fraktion gehören jetzt die Genossen Hoff, Henze und Löw mit dem Bürgerauschusse an. Der Wortführer machte ferner Mitteilung von der Mandatsniederlegung des Genossen Dr. Schömer. Von großer finanzieller Tragweite war der erste An-

Der amtliche Kriegsbericht.

W.W. Großes Hauptquartier, 5. Dezbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Frühnebel stießen nach kurzer starker Artilleriewirkung englische Abteilungen östlich der Straße Albert-Malan-court vor. Sie wurden durch Feuer zurückgewiesen. Bei nachmittags sich bessernder Sicht war der Gefechtskampf an der ganzen Somme-Front härter und blieb auch während der Nacht lebhafter als in der letzten Zeit.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Südlich der Bahn Tarnopol-Krasnit stehen bei Augustowka vergeblich russische Abteilungen gegen ein ihnen längst entzogenes Grabenstück vor.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef.

Während erneute Angriffe der Russen am Kapul, nordöstlich von Dorna Watra und bei Putna-Tetrolul und im U-Tal ohne jeden Erfolg blieben, haben deutsche und österreichisch-ungarische Truppen in den Vortagen verlorene, für uns wichtige Höhenstellungen im Sturm zurückgenommen.

Aus diesen zum Teil sehr erbitterten Kämpfen blieben am Werch Debrj, südlich des Tataren-Passes über 100 Mann und 5 Maschinengewehre, am Mt. Kemira (nördlich des Ditaz-Tales) 350 Gefangene und 8 Maschinengewehre in unserer Hand.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In der Verfolgung den Widerstand feindlicher Nachhuten brechend, hat die 9. Armee die Bahn Bukarest-Targoviste-Piotretia ostwärts überschritten.

Die Donau-Armee folgt nach ihrem am unteren Ufer gegen starke zahlenmäßige Ueberlegenheit erfolgten Siege, bei dem insbesondere die 217. Infanterie-Division rühmlichsten Anteil hatte, dem weichenden Feinde bis in diesen Abschnitt, und mit dem linken Flügel kämpfend, darüber hinaus.

Der Ostflügel wies in der Donau-Niederung russisch-rumänische Angriffe blutig ab.

Die gestern gemeldete Gefangenenzahl vom 3. Dezember erhöht sich auf etwa 12 500 Mann.

Bei der 9. Armee sind noch 2 000 und bei der Donau-Armee 2 500 (letztere 22 Infanterie- und 6 Artillerie-Regimentern angehörig) hinzugekommen.

In der Dobrudscha keine größeren Kampfhandlungen.

Mazedonische Front.

Ostlich der Cerna haben sich neue Geschehnisse entwickelt. Serbische Vorstöße bei Bahovo und Monte an der Maglenafont sind gescheitert.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

trag des Senates, der die Bewilligung von 1 063 700 Mk. für die Erweiterung des Gaswerkes II und die Herstellung einer zweiten Zuführungsleitung für Koksogas forderte. Da sich der Bürgerauschuß und die von diesem eingesetzte Kommission eingehend mit dem umfangreichen Projekt beschäftigt und dessen Ausführung befürwortet hatten, so wurde in der Bürgererschaft dagegen nichts eingewendet. Von verschiedenen Rednern wurde jedoch die Gelegenheit zur Vorbringung von Wünschen bezüglich der Schaufensterbeleuchtung, der Entleerung von Müllzassmestern usw. benutzt. Genosse Hoff trat dafür ein, daß man die Herstellung der Gasanschlüsse beschleunigen möchte.

Zu einer kleinen Aussprache über die Mängel der Lebensmittelversorgung gab die Senatsvorlage auf weitere Verstärkung des Abschnittes XIX des Haushaltungsplanes Veranlassung. Genosse Stellung wandte sich scharf gegen die behördlichen Absichten, jene Leute zu bestrafen, die aus Brotmangel auf Brotkarten, die erst in der nächsten Woche galten, sich Brot verabsorgen ließen. Auch die betr. Händler hätten wohl meist nur aus Mitleid gehandelt. Das ganze Verfahren, welches man anwandte, um die Namen der Verkäufer zu erhalten — wer sie nicht angeben wollte, erhielt keine Brotmarken — sei zu verurteilen. Dr. Ziehl, v. Schaak, Albers und Hent sprachen über die Fleisch- und Milchversorgung. Kritisiert wurde das zum Anfang ausgeartete Sammeln von Straßenbahnfahrtscheinen.

Bei der Erweiterung der Erzlöschanlage in Schlutup trat Genosse Ehlers warm dafür ein, daß für die Arbeiter ausreichende Unterkunftsräume geschaffen werden und daß eine genügende Innenbeleuchtung der Schiffe während der Arbeit erfolge, damit Unfälle vermieden werden. Von dem Mitglieder der Handelskammer, Herrn Boie, wurde die Erfüllung dieser Forderungen in Aussicht gestellt.

Eine Eingabe des Vereins von Handlungs-Commis von 1858 auf Einführung der völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in den Kontoren während des Krieges wurde vom Genossen Henze als Antrag aufgenommen. Die Durchführung dieser Forderung sei möglich, wie das Beispiel anderer Städte beweist. Auch der hiesige Konsumverein schloß seit seinem Bestehen an den Sonntagen. Herr Ziehl trat für den Antrag ein, den die Herren Albers, Behn und Dimpker bekämpften mit dem Argument, daß diese Materie nur reichsgesetzlich geregelt werden könnte. Darauf lehnte die Bürgererschaft es gegen eine starke Minderheit ab, den Antrag an den Bürgerauschuß zu überweisen.

Debatteles angenommen wurde eine ganze Anzahl von Senatsanträgen. Auf die Schaffung eines Verwaltungsgerichts gehen wir an anderer Stelle ein. Kurz nach 9 Uhr war die umfangreiche Tagesordnung aufgearbeitet.

Die Zivilpflicht wird Genosse Bromme in einem Vortrag behandeln, den er am Mittwochabend in der Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen

Bereichs hält. Die Genossinnen und Genossen werden erjucht, recht zahlreich zu erscheinen. Mitgliedsbücher sind vorzulegen. Die Versammlung findet im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses statt.

Wenig Kartoffelschalen erzeugt die Stadt Lübeck? Die Kriegs-Brotensammlung schreibt uns: Wir können uns auf Grund unserer Erfahrungen des Einbruchs nicht vorstellen, daß in vielen Haushaltungen die Bedeutung, die der Kartoffelschale als Futtermittel zukommt, nicht richtig erkannt wird. Die Kriegs-Brotensammlung ist bislang in der Lage gewesen, täglich 10 Zentner Kartoffelschalen an die Viehhalle abzugeben; sie würde das Zehnfache los, wenn sie's hätte. In Lübeck sind rund 24 000 Haushaltungen vorhanden, angenommen, daß jeder Haushalt täglich wenigstens 1/2 Pfund Kartoffelschalen erzeugt, so würde die Tageserzeugung der Stadt Lübeck 12 000 Pfund = 120 Zentner betragen, wohlgenügend im Minimum. Von dieser Menge wird zur Zeit ungefähr die Hälfte in der eigenen Viehhaltung verwendet werden und durch Milchhändler abgenommen. Für die Abholer der Kriegs-Brotensammlung müßten demnach täglich mindestens 60 Zentner Kartoffelschalen bereitstellen. Da sie nur 10 Zentner täglich erhält, kommen täglich 50 Zentner um. Wir haben die Ueberzeugung, daß es den Erzeugern dieser 50 Zentner Kartoffelschalen an Gelegenheit fehlt, sie abzugeben. Wir bitten darum alle die Haushaltungen, denen die Kartoffelschalen nicht abgenommen werden, ihre Abreise durch Postkarte der Geschäftsstelle der Kriegs-Brotensammlung Salzpeiser (Hofkantor) mitzuteilen. Sie wird für regelmäßige Abholung sorgen. Die Sammelarbeit wird um so segensreicher und sich schneller abwickeln, wenn jede Haushaltung streng darauf achtet, daß die Schalen geordnet aufbewahrt und zurückgestellt werden. In keinem Saule darf keine Minute lang in Vergessenheit geraten, daß wir in den kommenden Monaten mit allen Mitteln, mit aller Kraft und mit standhafter Treue für des Reiches Erhaltung entscheidend zu kämpfen haben.

Unsere Zahlungsmittel. In neuerer Zeit ist ein empfindlicher Mangel an kleinen Zahlungsmitteln hervorgetreten. Die Reichsfinanzverwaltung war bisher schon bemüht, dem unter den Einwirkungen des Krieges gemachten Bedürfnissen nach diesen Zahlungsmitteln gerecht zu werden. So sind seit Beginn des Krieges rund 55 Millionen Einmarkstücke 31,7 Millionen Mark in Halbmarkstücken geprägt worden. Unter Abrechnung der wieder eingesetzten Stücke beziffern sich insgesamt die Einmarkstücke auf rund 369,3 Millionen Mark (gegen 313,3 Millionen Mark Ende Juni 1914), die Halbmarkstücke auf 126,8 Millionen Mark (gegen 95,0 Millionen Mark Ende Juni 1914). Ferner sind aus Eisen an Schnupfennichtstücken 10,167 Millionen Mark und an Zinkpennichtstücken 6,307 Millionen Mark hergestellt worden. Weitere stärkere Prägungen von Eisenmünzen sind eingeleitet und sollen mit möglichster Beschleunigung durchgeführt werden. In der vergangenen Woche erst hat der Bundesrat der weiteren Ausprägung von 10 Millionen Mark in Schnupfennichtstücken und 5 Millionen Mark in Zinkpennichtstücken zugestimmt. Im ganzen sind bisher geprägt:

	Ende Juni 1914
An Zehnpennichtstücken	rund 80,2 Mill. Mark, 66,1 Mill. Mark
An Fünfpennichtstücken	rund 43,1 Mill. Mark, 35,2 Mill. Mark
An Zweipennichtstücken	rund 9,1 Mill. Mark, 8,9 Mill. Mark
An Einpennichtstücken	rund 15,9 Mill. Mark, 15,4 Mill. Mark

Außer diesen Prägungen ist eine beträchtliche Ausgabe an Darlehnscheinen zu 1 Mk. erfolgt. Weiter sollen Einpennichtstücke in Aluminium ausgeprägt werden.

Der im volkswirtschaftlichen Interesse zu beklagende Mangel an Zahlungsmitteln beruht nach den gemachten Wahrnehmungen zu einem wesentlichen Teile auf Hemmnissen im Münzumsatz. Es ist deshalb von größter Wichtigkeit, daß alle Volkstreue darauf bedacht sind, Münzen nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus zurückzuhalten, sondern möglichst bald wieder in den Verkehr zu bringen, damit der Münzumsatz eine Beschleunigung erfährt, die eine bessere Ausnutzung der Münzen für den Zahlungsverkehr ermöglicht. Dies gilt namentlich auch für die Silbermünzen, die nach starken Ausprägungen (19,50 Mk. für den Kopf der Bevölkerung) weit zahlreicher im Umlauf auftreten müßten. Bis Ende 1914 waren an Silbermünzen geprägt, abzüglich wieder eingezogener Stücke, 1 170 463 780,50 Mk., das sind bei 64,9 Millionen Einwohnern auf den Kopf rund 18 Mk. Es sind jetzt geprägt nach Abzug der wieder eingezogenen Stücke gegen Ende Juni 1914:

	Ende Juni 1914
An Fünfmarkstücken	rund 281,2 Mill. Mark, 279,8 Mill. Mark
An Dreimarkstücken	rund 172,5 Mill. Mark, 164,6 Mill. Mark
An Zweimarkstücken	rund 319,0 Mill. Mark, 317,9 Mill. Mark

Gerade die größten Silbermünzen werden dem Zahlungsverkehr am ehesten in weitem Umfange vorzuziehen. Auch hier treten als Umlaufmittel noch die Darlehnscheine von 2 Mark und 5 Mk. hinzu.

Beschlagnahme der Kohlrüben. Nach einer im Reichsgesetzblatt veröffentlichten Bekanntmachung werden die im Reich vorhandenen Kohlrüben (Wurten, Bodenkohlrabi, Stedrüben) für den Kommunalverband beschlagnahmt, in dessen Bezirk sie sich befinden. Terhalter dürfen mit Genehmigung des Kommunalverbandes Kohlrüben in Höhe von täglich höchstens ein Zweihundertstel ihrer Vorräte verfüttern. Erfolgt die Ueberzeugung nicht freiwillig, so kann das Eigentum auf die Reichskartoffelstelle übertragen werden. Die Reichskartoffelstelle hat für die Deckung des Bedarfs an Kohlrüben, die als Ersatz für fehlende Kartoffeln erforderlich sind, zu sorgen.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck hatte am 1. Dezbr. 1916 30 946 Mitglieder, darunter 127 Mitglieder von Erbschaften, deren Rechte ruhen, gegen 80 273 im Jahre 1915. Auf Männerentfielen davon 16 594 (1915: 17 015), auf Frauen 14 352 (1915: 13 258). Erwerbsunfähig krank waren am letzten November Männer 492 (1915: 508) und Frauen 476 (1915: 473). Ausweisliche für Familienangehörige zur Inanspruchnahme ärztlicher Behandlung wurden im November 2129 (1915: 1961) erteilt. Sterbepfand wurde im November für Mitglieder in 42 Fällen für Angehörige in 30 Fällen gezahlt. Abtretungen erwerbsunfähiger Mitglieder gegen die jagungsmäßigen Verhältnissvorschriften waren in 16 Fällen mit Strafe zu belegen. Die freiwilligen Kassenbeiträge müßten Mittwoch und Donnerstags tunlichst in den Vormittagsstunden entrichtet werden.

Die ganze Lübeck-Segeberger Bahn im Betrieb. Die Öffnung der Bahn bis Segeberg findet am 6. Dezember statt. Die Strecke von Lübeck bis Segeberg führt über Airrade, Westerrade, Bedde, und ist 28,9 Kilometer lang. Die Länge, je drei in jeder Richtung, führen die zweite und die dritte Wagentafel.

Jahresermäßigung für deutsche Kriegsbeschädigte. Kriegsverletzte, die in die Fürsorge einer öffentlichen oder behördlich anerkannten Organisation für Kriegsbeschädigte aufgenommen sind, werden in der zweiten und dritten Klasse zum halben Preise, in Schnellzügen außerdem gegen den tarifmäßigen Zuschlag befördert, und zwar auf Fahrten 1. zur Behandlung durch Fachärzte, zur Unterbringung in Heil- oder Ausbildungsanstalten, zum Besuch von Kurorten oder Ausbildungslehrgängen für Kriegsbeschädigte, zu den von der amtlichen bürgerlichen Kriegsbeschädigtenfürsorge oder von Gewerkschaften eingerichteten Beratungsstellen und zum Arbeitgeber zur Vorstellung oder zum Stellenantritt, 2. von dem Wohnort des Facharztes zur Weiterfahrt nach Heil- oder Ausbildungsanstalten oder zum Besuch von Kurorten oder Ausbildungslehrgängen für Kriegsbeschädigte. Sofern der Kriegsbeschädigte eines Begleiters bedarf, wird diesem für die Hin- und Rückfahrt die gleiche Ermäßigung gewährt. Die Fahrkarten zum halben Preise werden von den Fahrkartenausgaben der Eisenbahn auf Grund von Ausweisen verabfolgt.

Als Ausweise werden verlangt: Für die Hin- und Rückreise eine auf den Namen lautende Bescheinigung der Organisation für Kriegsbeschädigte, eine Bescheinigung des Facharztes über die ärztliche Untersuchung sowie gegebenenfalls auch über die von ihm veranlaßte Weiterfahrt nach Heil- und Ausbildungsanstalten oder

zum Besuch von Kurorten oder Ausbildungslehrgängen für Kriegsbeschädigte, oder eine Bescheinigung der Heil- oder Ausbildungsanstalten oder der Verwaltung des Kurortes über die Beendigung des Aufenthalts, oder eine Bescheinigung des Leiters über die Beendigung des Ausbildungslehrganges, oder eine Bescheinigung der Beratungsstelle über die Beratung sowie gegebenenfalls auch über die von ihr veranlaßte Weiterfahrt zum Arbeitgeber, oder eine Bescheinigung des Arbeitgebers über die Vorstellung. Die gleichen Ausweise dienen für die zugelassenen Begleiter — es sind gebildete Ausweise erforderlich —; die Notwendigkeit der Begleitung ist durch ein ärztliches oder von der Organisation ausgestelltes Zeugnis nachzuweisen. Fahr- und Koststühle, die Kriegsbeschädigte für ihren Gebrauch bei Reisen mit sich führen, werden freibrieflich befördert.

Bei Beförderung in besonders eingestellten Wagen oder in einem besonderen Krankenabteil oder mit einem Transportbett in einem Abteil dritter Klasse, oder in einem besonderen Abteil dritter oder vierter Klasse, oder mit Krankenford in einem Gepäckwagen wird die genannte Fahrpreisermäßigung nicht gewährt.

Außerordentliche Maßnahmen während des Weihnachtsverkehrs bei dem Postamt Lübeck. Am Sonntag 24. Dezember findet eine zweimalige, am 1. und 2. Weihnachtstage eine einmalige Privatbestellung statt. Eine einmalige Geldbestellung erfolgt in Lübeck am 24. Dezember, eine einmalige Brief-, Geld- und Paketbestellung wird am 24. und 26. Dezember nach allen Landorten ausgeführt. Die Schalter sind am 24., 25. und 26. Dezember wie an Sonntagen geöffnet. Nach finden am Sonntag 24. Dezember, die Paketannahme und Ausgabe sowie die Ausgabe von Pakettaxen an Abholer wie an Werktagen statt. Ferner werden am 24. Dezember bei der Paketannahme und bei der Telegramm-Annahme auch Postwertzeichen verkauft. Der Schalter bei der Postwertzeichenstelle vor dem Mühlentor und bei der Postagentur in der Vorstadt St. Gertrud wird am 24. Dezember zur Annahme von Paketen wie werktage geöffnet sein.

Die Gärtner wollen einen Gemüsepost. Der Provinzialverband für Schleswig-Holstein Hamburg und Lübeck des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands hat in Neumünster eine Versammlung abgehalten. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Gärtner während des Krieges einen finanziellen Erfolg erzielt haben, namentlich beim Gemüsebau. — Das ist natürlich kein Wunder, müßten doch die Verbraucher das Gemüse teurer bezahlen. Den Gärtnern wurde es sehr gelehrt, in nächsten Jahre noch mehr Gemüse anzubauen, da sich jeztliche Vorräte leicht absetzen lassen. Um die Verbraucher besser zu versorgen und einen noch besseren finanziellen Erfolg zu erzielen, wollen die Gärtner eine Abperrung vom Auslande durch Zölle. Die Gruppe Lübeck wurde beauftragt, dem Vorstand des Verbandes der Handelsgärtner Deutschlands die Wünsche des Provinzialverbandes zu unterbreiten bezüglich Vereinbarung von gültigen Zöllen mit dem Auslande bei Friedensschluß für die deutschen Gartenbaueigenen. Man will sich also die ausländische Konkurrenz von Dänemark, was bezüglich der Preisbildung auf dem Gemüsemarkt zu bedeuten hat, können sich die Verbraucher ausrechnen, wenn sie bedenken, daß die Zufuhr von ausländischem Gemüse in Friedenszeiten

auch erheblich war. Im Interesse der Verbraucher liegt es, wenn den Gärtnern ein Erfolg durch die Reduktion gemacht wird. **Wolfsbühnenkonzert.** Das Konzert ist zu einem Teile den Romantikern gewidmet: Mendelssohn mit seiner Ouvertüre „Meeresstille und glückliche Fahrt“ und dem populären Dichter-„Marchen“ und Schumann mit zwei Sätzen aus der „Manfred“-Musik und der Romanze aus der „Sinfonie“. Von unserm Landsmann Carl Grammann wird eine seiner bekanntesten Orchesterwerke zu Gehör kommen. Scherzo und Romanze. Des weiteren verzeichnet die Vortragsfolge Overtüren von Weber, Mailart und Herold. Der leichte Teil des Abends umfaßt Oskar Strauß' „Wienerer Reigen“ und Kolchais Walzer „Am Wörther See“. Das Schlittenquartett hat eine sehr selten gewählte Serenade von Lachner für 4 Teill als Solonummer gewählt. Sie dürfte ganz besonderem Interesse begegnen.

Was gefunden wurde. Im Monat November d. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert bzw. angezeigt und wieder abgeholt: Mehrere lose Geldbeträge sowie Geldbörsen mit Inhalt, 2 Damenuhren, 1 Ambanduhr, 1 goldener Siegelring, 3 Broschen, mehrere Armbänder, 1 silb. Rocknadel, 1 Kollantette, 1 Brille, 1 Kriefflasche, 1 Kollentrans, 1 Gelanabuch, 1 Kugelpen, 4 Schulbücher, 1 Knabenmütze, 1 Handarbeit, 1 Schirm, 1 Kiste, 1 Handwagen und 1 Sack mit Kartoffeln.

Fürstentum Lübeck, Vollmilch nur an Schwere- Kranke. Der Vorsitzende des Landesvorstandes macht bekannt: Bei der herrschenden Milchknappheit wird in Zukunft Anträgen auf Bewilligung von Vollmilch in der Regel nur dann entsprochen werden, wenn es sich um schwere Krankheitsfälle handelt.

Hamburg. Aus Wasser „Milch“ zu machen ist jetzt das Bestreben mancher Milchhändler, die auf solche Weise ihren Gewinn erhöhen wollen. Wieder handelt eine Anzahl dieser Sorte vor dem gestrigen Schöffengericht. Als erste Angeklagte erschien die schon zweimal bestrafte Milchhändlerin Frau Marie Elshner wieder unter der Beschuldigung der Milchpantofferei. Trotz der zweimaligen Vorbestrafung schonte sie sich nicht, abermals dem von ihr unter der Bezeichnung Vollmilch in den Handel gebrachten Gemisch ein Drittel Wasser hinzuzusetzen. Sie war schon einmal mit Gefängnis bestraft, aber vom Senat begnadigt worden, jetzt erhält sie einen Monat Gefängnis, den sie nun wohl wird abtun müssen. Ebenfalls wegen Verwässerung der in den Verkehr gebrachten Vollmilch wird der bereits bestrafte Milchhändler Hermann Evers zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Billiger kommt die bisher unbestrafte Milchhändlerin Frau Lina Grabewski wegen der Milchverdünnung davon. Sie wird nur zu 50 Mk. oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Milchhändlerin Frau Hildegard Steingraber, deren Mann im Felde steht, wurde wegen Milchpantofferei zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Sie hatte zu 10 Litern Milch 5 Liter Wasser gemischt und dieses Gemisch unter Verschweigung der Verdünnung verkauft.

Riel. Reiche Fänge — teure Fische. Die Fischer der Außenförde haben in der Nacht zum Sonnabend auf dem Vahderland reiche Fänge gemacht. Bis 10 Uhr vormittags waren am Sonnabend fünf Kanaboote voll beladen und außerdem noch andere Seendunee mit den Dampfern etwa 700 bis 800 Riesen

mit Heringen eingetroffen. Weitere Zufuhren wurden noch erwartet. Die Preise hielten sich trotzdem hoch. Für kleinere Heringe wurden 100 Mk. die Riste und für große Heringe der fabelhafte Preis von 40 bis 45 Mk. für das Ball angesetzt.

Lübeck. Es geht auch ohne Breisauerschlag. Daß die wahlmännlichen Preise für Lebensmittel in keiner Weise gerechtfertigt sind, haben vernünftige Landwirte bereits mehrfach dadurch bewiesen, daß sie ihre Erzeugnisse trotz des Krieges zu alten Preisen oder mit einem geringen Aufschlag abgeben. So läßt der Hofbesitzer Koch in dem nahen Roggenbüll die Vollmilch von seinen sämtlichen Kühen an jeden, der im Besitze einer Vollmilchkarte ist, für 15 Pfg. das Liter ab.

Bremen. Ein großer Luftschiff in milderer Sorte ist in diesen Tagen hier am Orte verübt worden. Junge Mädchen, die in kaufmännischen Geschäften tätig sind, erhielten Briefe aus dem Ausland, als deren Absender die Erlokommission. Abstellung „Pensionspflicht“ benannt ist. Die Empfängerinnen wurden aufgefordert, sich zur Musterung zwecks Feststellung ihrer Tauglichkeit um Granatendrehen in der Kaserne zu einer schicksalhaften Zeit einzufinden. Im Falle des Nichterscheinens solle der Verdacht der Fahnenflucht angenommen werden.

Bürgertafel.

Als länderliche Staatsbürger sind angenommen und vereidigt: Arbeiter Rühse, Werkmeister Bergner, Drechslergefelle Reutin, Schuhmachermeister Post, Bäckermeister Diebrichsen, Wäcker Drems, Rucher Karlos, Arbeiter Jra, Schlossergefelle Gammann, Arbeiter Gottschall, Tischlergefelle Danien, Kolonialwarenhändler Hartkopf, Schlachteregefelle Haffelwander, Geschäftsführer Hinrichs, Monteur Hinz, Eisenbahn-Betriebsleiter a. D. Hinzpeter, Geschäftsführender Post, Malergefelle Dopp, Oberlehrer am Katharinenum Dr. phil. Jung, Arbeiter Kater, Arbeiter Köhler, Eisendreher Kühn, Müller Rognat, Güterbodenarbeiter Leopold, Farbier und Friseur Ludwig, Versicherungsbeamter Blesse, Maurergefelle Hlog, Tischlergefelle Kiemer, Buchbindergefelle Rohmedder, Buchbindermeister Rosenblenter, Steinmeisergefelle Rubel, Zollaufseher Schmittendorf, Geschäftsführer Sommer, Straßenbahn-Kontrollleur Strauß, Glasergefelle Walter, Kaufmann Wohde, Bäcker Wulff, Polizeimäster Wulff.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stellung.
Verleger: F. S. Scharf, Trud: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck

Inferate

finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolge rechnet, inferiere im „Lübecker Volksboten“.

Eine Bekanntmachung, betreffend die Beiratsaufnahme und Beschlagnahme der Gesamtverträge von Kaffee- und Schokolade zugunsten der Heeresverwaltung, vom 3. Dezember 1916 wird heute durch die amtlichen Zeitungen (Regierungs-, Amts- und Kreisblätter) sowie durch die Volkszeitungen veröffentlicht. (6071)

Sage allen meinen Kollegen der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft für die mir zuteil gewordene Unterstützung meinen besten Dank. **J. Stahl.** (6072)

Zu sofort gesucht ein **Hausdiener.**

Konsum-Verein für Lübeck u. Umgegend, e. G. m. b. H., Senfstraße 160. (4057)

Ha. Anzeiger für die Verrichtung im Ersten, Ersten oder Bergleider. (6073)

Ha. seit 2 gr. Ruod. Puppen. Anzeiger für die Verrichtung sehr gute Schattenschilder-Maschine mit den besten Bildern. (6056)

Ha. lassen gesucht ein Junger **Jünglings-Jackett-Anzug.** (6075)

Galeriellen, Kanin, Wader, Zudis, Jltis u. Pferde- u. Kuhhaare sowie **faunt zu den höchsten Tagespreisen.** (6078)
D. Wagner, Holstenstr. 8.

Leder-

solche **Dania!** Rein Leder, über u. billiger als der Rest. Rabatniederlage bei **C. Grimm Nachf.,** Schuhmacherstr. 6. (6079)

Kriegs-Brotensammlung Lübeck

Die Sammelstelle

in den Salzspeichern am Hofsteintor nimmt an:

Jeden Wochentag	Kartoffelschalen	
	Knochen.	6076
	Zußerdem:	
Montag	Papier, Blechdosen,	
Dienstag	Lumpen.	
Donnerstag	Eisen, Kupfer, Messing, Zint,	
Freitag	Staniol, Korken, Gummi, alte Gummi- und Lederschuhe.	

Bei Ablieferung an unrichtigen Tagen wird nur die Hälfte der festgesetzten Vergütung in Gutscheinen gewährt.

Von der **Lehrmeister-Bibliothek** empfehlen wir besonders folgende Bändchen:

Das Einmachen der Gemüse	40
Nr. 343-44	
Das Einmachen der Früchte	20
Nr. 3	
Grute u. Aufbewahrung des Obstes	40
Nr. 55-56	
Die Fruchtzubereitung	20
Nr. 345	
Bewertung d. Konigs im Haushalt	20
Nr. 77	
Bücherei	20
Nr. 300	
Bücherei Kleinfachbücher	20
Nr. 320	
Kaninchenfleisch	40
Nr. 334-35	
Bücherei Kleinfachbücher	40
Nr. 350-51	
Ein Monat Arbeiterlöhne	20
Nr. 46	
Vegetarisches Kochbuch	20
Nr. 187	
Kochbücher und Kochrezepte	20
Nr. 346	

Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.** Johannisstraße 46.



Unsere Marine Cigarette

3 Pf.

Schließlich Kriegsaufschlag
Trotz Steuererhöhung behalten unsere Zigaretten ihre alten anerkannten Qualitäten
Georg A. Jasmatzi Aktiengesellschaft

Rechnungs-Formulare

werden herzustellen in der **Bunddruckerei „Lübeck, Volksbote“**

Wer zerrissenes Scherwerk, Geschirre, Leder, Zellstoffe, Fahrradmäntel, Filz usw. selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich die **Nähmaschine Stepperin D.R.G.M.**

Solide, beste Konstruktion. Nähstapenlicht wie Maschine leicht zu handhaben. Garantie für Brauchbarkeit. Viele Anerkennungen. Preis Mk. 2,50 mit Nadeln, Verpackung und postfrei. In Lederhandlung käuflich oder direkt durch **Joh. Zucker** Stuttgart-Botnang. (6177)

Verein der Musikfreunde.

10. volkstüml. Konzert

Mittwoch, d. 6. Dezember abends 8 Uhr, in der Stadthalle.

Leitung: Dr. Georg Göhler.

Vortragsfolge: (6080)
Mendelssohn: Ouv. Meeresstille u. glüchl. Fahrt. Hochzeitsmarsch. Schumann: 2 Sätze a. d. Manfred-Musik. Romanze a. d. D-moll-Sinfonie. Lachner: Serenade für vier Violoncelli. Grammann: Romanze u. Scherzo. Weber: Ouv. „Rubezahl“. Maillart: Ouv. „Glöcklein des Eremiten“. Thomas: Zwischensakte „Mignon“. Herold: Ouv. „Zampa“. Strauß: Alt-Wiener-Reigen. Koschat: „Am Wörther See“.

Knochenverkauf.

Mittwoch, 6. Dezember 1916 Nr. 6501-6700 p. 2-4 Uhr nachm. (6084)
Paul Lohrmann.

Volksküche.

Mittwoch, d. 6. Dezbr. u. Rohluppe mit Kartoffeln u. Fleisch. Donnerstag, 7. Dez.: Stuppenuppe mit Kartoffeln. Freitag, 8. Dezember: Grünkohluppe mit Kartoffeln.

Kriegsküche Alter Bahnhof.

Es habe von zusammengekochtem Essen. Ausgabzeit 11^{1/2}-1 Uhr. Liter 25 Pfg. Rotten müssen spätestens am vorherigen Tage abgeliefert werden. (6083)

Eröffnung: Donnerstag, den 7. Dezember. Von 11^{1/2} bis 1 Uhr.

Stadttheater.

Dienstag, d. 5. Dezember 1916 Anfang 7^{1/2} Uhr:
Tannhäuser.
Oper von R. Wagner.
Mittwoch, d. 6. Dezember 1916 Anfang 8 Uhr:
Zum 10. Male:
Die Csárdásfürstin
Operette von E. Kálmán.
Donnerstag, den 7. Dezbr. 1916 Anfang 8 Uhr:
Tieiland.
Oper von E. d'Albert.

Illustrierter Neue-Welt-Kalender

für das Jahr 1917.

Aus dem Inhaltsverzeichnis haben wir heraus: Kalenderium. — Dichtliches. — Rätsel. — Messen und Märkte. — Interz. Leben. — Zeit- und Kriegszeitungen. (Von F. Schöpe. Mit Illustrationen). — Die Südküste von Landsposten und Hinderfeldern im Meer von Jüngers und Böllow aus. (Mit Illustrationen). — Die Balkanländer. (Mit Illustrationen). — Kleine Kriegsgeschichte. — Die Welt der Paris des Abends. (Mit Illustrationen). — Hierzu drei Bilder: Hermann; Überzeugung; Beim B...

Preis 50 Pfg.

Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.** (Lübecker Volksbote) Johannisstraße 46.

Verammlung der Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 4. Dezember.

Wortführer Dr. Görk eröffnet die Sitzung um 8 Uhr 20 Minuten.

Der Wortführer verliest ein Schreiben des Bürgerchaftsmittgliebes Dr. Schlömer, in dem dieser seinen Austritt aus der Bürgerchaft erklärt. Die Zahl der Bürgerchaftsmittglieder beträgt nunmehr 112.

In den Bürgerausfchuh wurden gewählt: Becker, Behn, Castelli, Fuß, Heinsloh, Henze, Köster, Lau, Löwig, Mangels, Rehder, G. Reimpell, Schnoor, Schöber, Thiele.

Paul Hoff verbleibt an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Schlömer ein weiteres Jahr im Bürgerausfchuh.

1. Antrag: Erweiterung des Gaswerkes II und Herstellung einer zweiten Zuführungsleitung für Koksogas.

Albers scheidet in der Anordnung, die Außenbeleuchtung der Schaufenster zu unterlassen, Schaden für einige Kaufleute, die dadurch zur Innenbeleuchtung gezwungen würden. Dies würde wieder Materialkosten statt Ersparung verursachen.

Vom Senatistische wird zugefagt, die Sache der zuständigen Militärbehörde vorzutragen.

Dr. Langenheilm wünscht öftere Entleerung der Münzgasmesser, um dem Mangel an Kleingeld abzuhelfen.

Hoff erucht, die Gasanschlüsse von der Straße ins Haus zu beschleunigen, da zahlreiche Leitungen in den Häusern fertiggestellt seien, die auf Zuleitung harrten. An Personal mangle es nicht in dem Maße, daß Leute vom Sommer her jetzt noch warten müßten. Es würde eben anderweitig beschäftigt.

Direktor Haase erklärt, es geschähe alles, um die Leute zu frieden zu stellen, doch seien die Schwierigkeiten zu groß. Seit Kriegsausbruch sei der Gasverbrauch um 50 Prozent gewachsen. Die Zahl der Anschlüsse noch weit mehr. Heute lägen noch über 700 Anmeldungen für Gasanschlüsse vor.

Thiele unterstützt das von Hoff Gefagte. Die Leute wünschen vor allem Leuchtgas. Eine eventuelle ratenweise Einstellung der Kosten wäre sehr zu empfehlen.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

2. Antrag: Weitere Verstärkung des Abschnittes XIX des Haushaltsplans für das Rechnungsjahr 1916.

Stellung: Obwohl es sich um eine Angelegenheit handelt, die nur in losem Zusammenhang mit dieser Vorlage steht, möchte ich sie hier ansprechen, weil sie in weiten Kreisen der Bevölkerung Unruhe verursacht hat. Sie haben sicherlich im November in der Presse gelesen, daß der Detaillistenverein eine Warnung veröffentlichte, die sich gegen die häufigen Verkäufe gegen die Bestimmungen über den Verkauf von Brot und Mehl richtete. Der Kleinhandel wird gebeten, unter keinen Umständen Brot auf Karten der nächsten Woche abzugeben; er wird weiter darauf aufmerksam gemacht, die Leute, denen das notwendige Brot ausgegangen ist, seien an das Polizeiamt zu wenden. Eine große Zahl hiesiger Einwohner hat sich dorthin gewandt, wo ihnen die Frage vorgelegt wurde, von wem sie ihr Brot beziehen. Man nahm allgemein an, diese Auskunft sollte nur der Nachprüfung gelten, denn ich bin überzeugt, daß, wenn die Leute gewußt hätten, die Ausstrage sollte zu strafgerichtlichen Zwecken dienen, die meisten die Auskunft verweigert hätten. Einige Frauen gingen, wie sie meinten, zum Bürgermeister — wahrscheinlich ist es ein anderer Herr gewesen — und da wurde ihnen gesagt, es habe weiter nichts auf sich, sie sollten nur abgeben, von wem sie das Brot beziehen. Folgen entstanden daraus nicht. Wer die Auskunft verweigerte, erhielt keine Brotmarken. Ich finde dieses Vorgehen recht eigenartig. Man könnte es sich gefallen lassen, wenn die Fragen nur dazu dienen, um wahrheitsgetreue Angaben zu bekommen, nicht aber gehört es sich, den Brotverkäufern Strafe anzudrohen. Einzelnen wurde direkt erklärt, es werde mit strengen Strafen gegen sie vorgegangen. Auch den Käufern hat man Strafe angedroht, was ich für außerordentlich bedauerlich halte, weil dadurch noch viel mehr Öl ins Feuer gegossen wird, das in gewissem Sinne schon unter der Decke lübert. Hüten Sie sich, es zum vollen Brand kommen zu lassen. Das Vorgehen ist um so bedauerlicher, da ohne Frage weder Verkäufer noch Käufer aus purer Lust gegen dieses Gesetz verstoßen haben. Auch die Brotverkäufer sind Menschen; kommen am Sonntag zu ihnen Frauen, die ihnen erklären, daß sie für ihre Männer und Kinder am nächsten Morgen Brot haben müßten, da sie kein Stück mehr besäßen, so geben sie es eben auf die

Brotmarken der nächsten Woche hin. Und ich möchte den Herrn unter Ihnen sehen, der in solchen Fällen nicht ein Auge zudrücken würde. (Zuruf bei den Soz.: Es ist ja auch niemand geschädigt worden!) Ich will weiter darauf hinweisen, daß es einzelne Herren geben kann, die sagen, daß die Leute sich eben einrichten müßten. Ich frage Sie, kann man sich mit den 3/4 Pfund Brot pro Woche einrichten? Nein! Früher hieß es, oft Kartoffeln, damit ist es aber jetzt eine eigenartige Sache. Für 10 Tage gibt es jetzt 7 Pfund Kartoffeln, von denen ein nicht geringer Teil noch ungenießbar ist. Man wird vielleicht jetzt sagen, eßt Suppe, aber auch mit diesem Rat hapert es, weil die dazu notwendigen Materialien fehlen. Wassersuppen geben auch keine Kraft. Früher konnte man Milch verwenden, doch diese kennt man jetzt vielfach nur noch vom Hörensagen. Es sind Herren hier im Saal, die seit 3-5 Tagen keinen Tropfen Milch im Hause gesehen haben. Gegenwärtig sind in einem Stadtteil mehrere hundert Leute, auch Säuglinge (Zuruf bei den Soz.: Hört, hört!) ohne Milch, weil die mecklenburgische Regierung an eine Milchhändlerin in Mecklenburg ein Ausfuhrverbot erließ; so sind Säuglinge seit Sonnabend ohne einen Tropfen Milch. An das Polizeiamt stelle ich das Gesuchen, die Frage nach der Bestrafung der Verkäufer und Käufer nicht weiter zu verfolgen. Redner verweist ferner auf bessere Regelung der Brotarteneinstellung in anderen Städten, wie z. B. Hamburg, wo schon Sonnabends an zwei Abendstunden Brot auf Karten der folgenden Woche abgegeben wird. (Beifall bei den Soz.)

Senator Dr. Fehling: Am gegenwärtigen Stadium gehöre die Angelegenheit nicht in die Bürgerschaft, sie unterliege der juristischen Prüfung. Er stehe aber nicht an, daß Vorgebrachte der zuständigen Stelle bekannt zu geben.

Thiele und Böhls bringen ebenfalls Erinnerungen vor.

Dr. Ziehl alaubt, der Mensch lebe nicht von Brot allein, es müsse auch Fleisch dabei sein. In der letzten Woche seien pro Person nur 200 Gramm Schweinefleisch ausgeben worden, während ömtlich 250 Gramm ausgeschrieben gewesen seien.

v. Schaack fragt, was mit dem nicht verkauften Fleisch geschieht.

Albers erwähnt, daß manche Leute Fleischkarten anbieten, weil sie das teure Fleisch einfach nicht kaufen könnten.

Hoff wünscht vor allem die vorhandenen Futtermittel für die Landwirtschaft rechtzeitig zur Verfügung gestellt, dann bekämen die Leute auch Milch.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

3. Antrag: Erlass eines Gesetzes über die Verwaltungsgeschäftsbarkeit.

Dr. Langenheilm spricht sich über die Notwendigkeit eines geordneten Verwaltungsgeschäftsbetriebs in einem modernen Staat aus, das auch anderwärts bereits vorhanden sei. In Lübeck geschähe man sich seit 1902 mit dieser Frage, die im Verlaufe ihrer Behandlung verschiedene Wandlungen durchgemacht habe. Redner tritt insbesondere für stärkere Heranziehung des Laienelements.

Spezialkom. des Senats Dr. Lange hebt hervor, wie sehr der Senat bestrebt gewesen sei, die Meinungsverschiedenheiten auszugleichen, wovon die Vorlage zeuge, die ein weites Entgegenkommen des Senats beweise. In anderen Bundesstaaten sei zwar das Laienelement beteiligt, aber nur in erster Instanz. Da hier nur eine solche in Frage komme, sei es nicht angängig, dem Laienelement das Uebergewicht zu geben.

In der Einzelberatung stellt Dr. Langenheilm Abänderungsanträge, die von

Dr. v. Brocken bekämpft werden. Es sei zugegeben, daß aus dem Grunde das Laienelement die Mehrheit habe, bei Verfahren in Handelsfachen, beim Land-, Amts- und Schwurgericht. Dort sei man gegen Entscheidungen der ersten Instanz durch weitere Instanzen geschützt, hier handle es sich aber um eine einzige Instanz. Der Senat könne sich auf einen derartigen Antrag gar nicht einlassen.

Dr. Langenheilm verweist darauf, daß in einer Reihe von Fällen der Rechtsweg gänzlich ausgeschlossen sei. Würde sich die Bürgerschaft zu seiner Auffassung bekennen, dann könnte auch der Senat nicht auf einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Gevoll nur ein Mißverhältnis beseitigt werden. Das Vertrauen, das durch Annahme des Antrags durch den Senat ausgesprochen würde, sei durch die Zeit doch gerechtfertigt.

Vom Senatistische wird behauptet, der Senat habe durch Entgegenkommen im Bürgerausfchuh gerade genug der Zeit Rechnung getragen. Er sei nicht gewillt, weitere Zugeständnisse zu machen.

Dr. Wendt würde es bedauern, wenn die seit 20 Jahren geforderte Vorlage durch Dr. Langenheims Anträge weiter hinausgeschoben würde. Man könne sich schon darüber freuen, daß der Senat überhaupt das Laienelement einbezogen habe.

Stellung: Es wurde die Frage angeschnitten, ob die vom Bürgerausfchuh empfohlenen Vorschläge der Zeit entsprechen oder nicht. Ich bin der Meinung, daß man nach objektiver Prüfung dieses nicht bezagen kann, deshalb unterbreite ich das von Dr. Langenheilm Gefagte. Wenn man von Forderungen der Zeit redet, dann darf man nicht vergessen, welche gewaltigen Umwälzungen wir im Laufe der letzten Jahre zu verzeichnen haben. Wie manche Auffassung, die so wirrliche, mußte bei verschiedenen Herren den Verhältnissen weichen. Als das blutige Ringen begann wurde von kompetenter Stelle im Reichstage von Neuorientierung gesprochen, und eine Neuorientierung sollte auch dies Gesetz sein, von dem breite Volksmassen betroffen werden. Deshalb sollte man das Laienelement überlegen lassen. Das Verwaltungsgericht wird sich mit Steuerfragen, Abgaben, Verträgen an den Staat und anderem befassen, also Vorkommnissen des täglichen Lebens. Von ihm werden Urteile gefordert, die nicht nur von Paragrafenmenschen, sondern von im Leben stehenden Menschen gefällt werden. Es ist ein sonderbares Beginnen, wenn eine Behörde eine Gewerbesache behandelt, die sich nicht aus Materialern des Gewerbes, sondern aus Juristen und Verwaltungsbeamten zusammensetzt. Schon aus rein praktischen Gründen, ganz abgesehen von grundsätzlichen, müssen Sie dem gemachten Vorschlag zustimmen. Es ist angelegt worden, der Senat könne unter keinen Umständen dem Antrage zustimmen. Ich behaupte das, weil ich leider gezwungen bin, Schlußfolgerungen für spätere Zeiten daraus zu ziehen, wenn es sich um Wünsche der Bürgerschaft handelt. Der Senat muß von der bisherigen Praxis abgehen, er kann nicht mehr sagen, wenn ihm etwas nicht paßt, er nehme es nicht an, sondern muß der Zeit Rechnung tragen. (Zuruf: Sehr richtig!) Ähnliche Einrichtungen wie die geforderten haben wir auch bei den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten, wo die Entscheidung bis zu einer gewissen Summe auch ausschließlich in der Hand der Laien endgültig geleitet und eine höhere Instanz ausgeschlossen ist. Die Verhandlungen in der Hamburger Bürgerschaft in dieser Angelegenheit sind noch nicht abgeschlossen und auch dort wurde von allen Seiten ein Uebergewicht des Laienelements gefordert. Herr Dr. Wendt kann ich nur erklären, daß schon 1915 die sozialdemokratische Fraktion mit allem Nachdruck hier gefordert hat, den Verwaltungsgeschäftshof aus Laien zusammenzusetzen. Die Bürgerschaft hat sich leider damals nicht weiter damit befaßt. Wenn Sie uns nicht aus grundsätzlichen Erwägungen folgen, dann doch aus praktischen Gründen, denn die Praxis muß das entscheidende Wort haben.

Senator Dr. Fehling erklärt, ein solcher Antrag, wie der von Dr. Langenheilm, sei im Bürgerausfchuh nicht gestellt worden. Er sei von weittragender Bedeutung und könne nicht mit den sogenannten Bagatelldingen verglichen werden. Es hieße der Sache einen schlechten Dienst erwiesen, jetzt einen solchen Antrag zu stellen, es wäre schade um die ganze bisherige Arbeit.

Albers glaubt, durch das weitere Heranziehen des Laienelements würde das Volksempfinden für die richterliche Auffassung erhöht werden. Damit wolle er nicht sagen, daß die Richter nicht genügend Volksempfinden hätten, aber es sei doch bekannt, daß auch viele hiesige Richter gegen die Laienbesetzung in Kaufmanns- usw. Gerichten seien.

Dr. von Brocken erklärt, in einer Handelsstadt könnte ein derartig zusammengesetztes Gericht zu den größten Gefahren führen.

Der Abänderungsantrag Dr. Langenheims wird abgelehnt, die Senatsvorlage mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

4. Antrag: Verlängerung der Amtsdauer der Beisitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

Bruns bittet, es bei der Gepflogenheit früherer Jahre zu belassen und die Anträge zur Bürgerschaft nur auf einer Seite zu bedrücken. Das sei viel praktikabler als das neuerdings wieder beliebte Verfahren. Man brauche hier nicht so knauserig zu sein.

Senator Dr. Fehling erklärt, daß hier am unrechten Platz geparkt worden sei. Er werde für Abänderung Sorge tragen.

Die Senatsvorlage wird endgültig angenommen.

5. Antrag: Geländeverkauf an der Wakenitzstraße.

Der Antrag wird debattelos genehmigt.

6. Antrag: Ueberlassung des sogenannten Verjuchfeldes in der Vorstadt St. Lorenz an den Gartenbauverein auf weitere 10 Jahre.

Schätzig preist die Vorzüge des Verjuchfeldes. Neben dem Gemüse sei in letzter Zeit dem Obst große Aufmerksamkeit gewidmet worden. Der Bevölkerung soll von der ersten Erdbeere bis zum Oktoberapfel ständig reiches Obst zur Verfügung stehen. Das Verjuchfeld diene den Interessen der Allgemeinheit.

Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Schuld und Sühne.

Roman aus dem Russischen von F. M. Dostojewskij.

38. Fortsetzung.

„Weißt du, Kasumichin, etwas Bestimmtes? Was du doch besorgt bist!“ bemerkte Zosimow.

„Daß nur, wir wollen ihn schon befreien!“ rief Kasumichin, mit der Faust auf den Tisch schlagend. „Kann wohl etwas leidiger sein? Da wird albern Zeug zusammengeschwätzt und über dieses macht man sich gegenseitig noch Komplimente. Ich achte den Porphyrios, aber — was hat sie von vornherein aus dem Konzept gebracht? Die Türe war verschlossen, sie kamen mit dem Hausmann, — da stand sie offen! Das soll nun heißen: Koch und Pestriatow haben gemordet! So steht ihre Logik aus!“

„Nun, erzieher: dich nicht! Man hat sie ja nur in Arrest gehakt, man kann doch nicht anders — ich habe übrigens diesen Koch gesehen, er hatte wohl bei der Alten verfallene Pfänder aufkaufen wollen. Nicht so?“

„Ja, er ist so ein Halsabschneider, fauft auch Wechsel; er ist ein Geschäftsmann! Nun, mag er sein war er will, aber weißt du, worüber ich zornig bin? Ueber ihre gebrechliche, erbärmliche Routine bin ich zornig! In dieser einzigen Tatsache löst sich ein ganz neuer Faden finden. An einer einzigen psychologischen Tatsache kann man zeigen, wie auf die wahre Fährte zu gelangen ist. Wir haben Fatta, heißt es. Nun, die Fatta allein tut es nicht, die Hälfte des Verfahrens beruht doch auf der Behandlung der Fatta.“

„Kannst du denn die Fatta behandeln?“

„Man wird doch nicht schweigen, wenn man fühlt, deutlich fühlt, wie der Sach: heizukommen wäre; wenn nur — doch — kennst du denn die Einzelheiten derselben?“

„Ich warte immer noch auf den Stubenmaler.“

„Aha! Nun so höre denn: Am dritten Tag nach dem Mord, morgens, als man sich noch mit Koch und Pestriatow abmühte, obwohl sich jeder von ihnen rechtfertigte, da die Sache sonnenklar ist — zeigte sich plötzlich eine neue unermutete Wendung. Ein Bauersmann, Duschkin, welcher Inhaber einer Bierstube ist, die dem Hause gerade gegenüber liegt, erschien auf dem Bureau und brachte ein Glas mit goldenen Ohrringen; derselbe erzählte dabei folgende Geschichte:

„Es kam vorgestern Abend, etwa gegen neun Uhr, ein Färbergehilfe zu mir, welcher bis dahin täglich kam, Nikolaj, und brachte mir dies Futteral mit goldenen Ohrringen und edlen Steinen, er bot es um zwei Rubel als Pfand und ich frag ihn, woher er es habe? Er antwortete mir, daß er es auf dem Gefäß gefunden habe. Ich habe ihn nun nicht weiter gefragt,“

zachte Duschkin, „sondern gab ihm das Geld, einen Rubel nämlich, weil ich dachte, wenn er es nicht bei mir verpfändet, so tut er dies bei einem anderen, es bleibt sich also gleich, er wird es ver trinken und es ist vielleicht besser, wenn die Sache bei mir liegt. Da aber sind nun jene Gerüchte aufgetaucht und so komme ich hierher.“ — Er hat damit nur ein Weibermärchen erzählt und läßt wie gedrückt, denn ich kenne ihn, den Duschkin; er ist selbst ein Pfandleiher und heßt geschlohenes Gut, und ein Pfand für dreißig Rubel nimmt er nicht nur an sich, um damit „auf Gericht“ zu gehen! Er ist ganz einfach in Furcht geraten. Nun meinestwegen. Aber höre weiter: Jenen Bauer, den Nikolaj Dmentjew, kenne ich schon von Kindheit auf, aus unserem Gouvornement und Kreis, wir sind aus dem von Kasan. Nikolaj, wenn auch kein Süßer, trinkt sehr und wir wußten, daß er in jenem Hause arbeitete, nämlich, zusammen mit Mitrey, der mit ihm aus demselben Orte ist. Nachdem er das Geld erhalten, hat er es logisch gewechselt, mit einem Zuge zwei Gläser geleert, das übrige Geld genommen und ist gegangen, aber den Mitrey habe ich bis zur Stunde nicht wieder mit ihm gesehen! Am folgenden Tage aber hörten wir, daß Wsiona Zwonowna und ihre Schwester Elisabeth Zwonowna mit der Art ermordet seien. Wir erkannten sofort die Sachlage; der Gedanke an die Ohrringe fiel mir ein, ich wußte, daß die Verstorbene Geld auf Pfänder gegeben hatte. Ich ging hinüber in das Haus und begann mich vorfichtig zu erkundigen, ich fragte, ob Nikolaj da sei. Da antwortete mir Mitrey, daß dieser jetzt „Leben schön“ mache, erst in der Morgenstunde nach Hause käme, berauscht, sich höchstens zehn Minuten daheim aufhalte und dann wieder fortzöge; Mitrey hatte ihn nicht wieder zur Arbeit kommen sehen und mußte diese allein beenden. Die Arbeit aber wurde an derselben Treppe, die zu der Ermordeten führte, in dem zweiten Stockwerk, ausgeführt. Als ich dies vernommen, habe ich niemand etwas mitgeteilt, so sagte Duschkin, „aber ich konnte mir alles mit dem Mond zusammenraufen und ging wieder heim, immer von diesem Gedanken beschäftigt. Heute nun, um acht Uhr, es ist der dritte Tag, kommt Nikolaj zu mir, natürlich ungsagbar berauscht, aber doch so, daß er noch ein Gespräch verstehen konnte. Er setzte sich schweigend auf eine Bank, außer ihm befand sich in der Bierstube nur ein einziger fremder Mensch, und der schlief auf einer Bank, weil ich ihn kannte, wußt noch meine beiden Russen.“

„Hast du den Mitrey schon gesehen?“ fragte ich ihn.

„Nein, ich habe ihn nicht gesehen.“

„Du warst wohl nicht bei der Arbeit?“

„Nein,“ antwortete jener, „seit vorgestern nicht!“

„Wo übernachtetst du denn?“

„Auf den Sandbänken!“ antwortete er.

„Nun, woher hattest du denn die Ohrringe?“

„Auf dem Gefäß gefunden!“

„Ich fand sie auf dem Gefäß,“ er drückte sich wie es sahst unflüchtig aus und ohne aufzublicken.

„Hast du denn schon gehört, was sich an jenem selben Abend zur selben Stunde und auf jener selben Treppe zugegetragen hat?“

„Nein, ich habe nichts gehört.“ Er horchte auf, rief die Augen auseinander und wurde krebweisch. Ich erzählte ihm nun alles und beobachtete ihn; er greift nach seinem Hut und will aufstehen. Nun wollte ich ihn festhalten. „Warte doch, Nikolaj, du hast ja noch nicht ausgetrunken,“ sagte ich, und winkte zu gleicher Zeit meinem Kellerburschen, die Tür zuzuhalten, während ich hinter dem Schenktisch herverkomme. Da fängt er plötzlich an davonzuhüpfen, auf die Straße hinaus voller Eile, in eine Nebengasse hinein, — da hast ich ihn gesehen! Nun steht es bei mir ganz fest, daß er der Sünder ist.“

„Das wäre!“ rief Zosimow.

„Halt, höre noch den Schluß! Man ließ nun von allen Seiten nach Nikolaj suchen.“

Duschkin wurde in Haft gehalten und verhört, Mitrey gleichfalls, die Röhne wurden durchsucht, da endlich, nach drei Tagen bringen sie den Nikolaj selbst; sie hatten ihn in einer Herberge festgenommen. Er war dort erschienen, hatte von sich ein silbernes Kreuz genommen und dafür um eine Lampe gebeten. Man gab sie ihm. Nach einigen Minuten geht eine Frau in den Kubel und schaut durch einen Spalt; er hatte daneben in einem Schuppen seinen Gürtel an einen Balken gebunden und machte eine Schlange; halbenkleidet war er im Begriffe, die Schlange um den Hals zu legen. Das Weib schrie und rief die Leute tiefen zusammen, sie fragen, was er mit sich vorgehabt habe.

„Aha, führt mich ab,“ antwortete er, „ich bin an allem schuld!“

Sie nahmen ihn unter den üblichen Formalitäten und führten ihn ab, das heißt, sie brachten ihn hierher. Das Verhör begann, wer er sei, was er wäre, wie alt, „zweundzwanzig Jahre“, und so fort. Dann wurde gefragt, ob er bei der Arbeit mit Mitrey nicht jemand auf der Treppe wahrgenommen hätte, zu der und der Stunde? Sie antworteten beide, daß wohl viele Leute herauf- und herabgegangen wären, aber daß sie denselben keine Aufmerksamkeit gewidmet hätten.“

„Ob ich nicht irgend etwas gehört, einen Lärm vernommen?“ Sie verneinten.

„Aber dir war doch wohl bekannt, Nikolaj, daß zu jener Stunde, an jenem Tage die Witwe mit ihrer Schwester ermordet und herabst worden ist?“

„Das habe ich gar nicht gemerkt, davon habe ich noch gar nichts vernommen! Erst am dritten Tage von Athanasius Pawlitsch dem Schwendwirt!“

„Woher hast du denn aber die Ohrringe?“

„Auf dem Gefäß gefunden!“

(Fortsetzung folgt.)

7. Antrag: Haushaltsplan, betr. den Elb-Kanal für das Rechnungsjahr 1917. Der Antrag wird vorbehaltlos genehmigt.
8. Antrag: Verlegung des Glashüttenweges. Ziele weist auf den schlechten Zustand des Torneiweges hin und ersucht um Verbesserung.
9. Antrag: Erweiterung der Erzblöchanlage in Schütup.
G. Ehlers erklärt, daß seine Fraktion stets für verbundene Anlagen eingetreten sei. Man sollte aber bei der Erweiterung auch den Wünschen der Arbeiterrechnung tragen und ausreichende Aufenthaltsräume für die Arbeiter schaffen. In der jetzigen, kaum drei Meter im Quadrat fassenden Bude hätten kaum 10-12 Mann Platz, die Baubehörde habe sie nach Anlegung des Hofes stehen lassen; es sei ein ganz primitiver Bau. Jetzt sei die Arbeiterzahl auf 70-100 Mann angewachsen, und für diese müsse ein genügend großer, heizbarer Aufenthaltsraum errichtet werden, in dem sie auch ihre Mahlzeiten zu sich nehmen könnten. Schon am 21. Oktober hätte sich die Leitung des Transportarbeiterverbandes an die Handelskammer deshalb gewandt, aber keine Antwort erhalten. Ein weiterer Wunsch der Arbeiter gehe dahin, die Schiffe immer elektrisch zu beleuchten, jetzt geschähe das vom Kran aus, während im Schiffsinnern nur Petroleumlampen brennen. Bei derartig primitiven Hilfsmitteln werde die Unfallgefahr erhöht. Technisch sei es möglich, vom Lauffleg aus die Schiffe zu beleuchten. Die Baubehörde möge diese Anträge prüfen.
Voié führt an, daß die Handelskammer die Wünsche der Arbeiter erfüllt und für Unterkunftsräume in einer Fabrik gelogt habe. Ferner erklärt er auf den Einspruch von G. Ehlers, daß man dann wenigstens den Arbeitern davon in einer Unterverteilung Mitteilung machen sollte, daß sich die Sache jetzt erst geklärt habe, die schriftliche Antwort werde dem Transportarbeiterverband gegeben.
Niemand wünscht eine feste Straße am Kai.
Der Senatsantrag wird mit Zweidrittelmehrheit angenommen.

Antrag 10: Bewilligung weiterer Mittel zum Ausbau der Stadthalle.
Antrag 11: Zulassung der Kreditbank Lübeck. S. m. d. S. in Lübeck zur Stempelablosung.
Antrag 12: Verlängerung der Amtsdauer der zur Zeit im Amte befindlichen Mitglieder der Landwirtschaftskammer.
Antrag 13: Verhütung der Bureauarbeit des Statistischen Amtes infolge der Volkszählung.
Antrag 14: Verhütung der budgetmäßigen Mittel der Armenbehörde für das Rechnungsjahr 1916.
Antrag 15: Verlängerung der Geltungsdauer der Gebührensätze für die Güterbeförderung nach den Kanalgeleisen.
Antrag 16: Verhütung der budgetmäßigen Ausgaben des Allgemeinen Krankenhauses im Rechnungsjahr 1916.

Diese Anträge werden vorbehaltlos angenommen. Nur bei Antrag 14 weicht.
Liders auf das unheimliche Jahrszeitenjammeln hin, das eine große Gefahr für die Kinder bilde. Vorkehrungsmaßnahmen gegen Unfälle müßten getroffen werden.
Die Eingabe des Vereins von Handlungs-Commiss von 1888 in Hamburg, Bezirk Lübeck, betreffend Einführung der pälligen Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe während des Krieges ergeht.

Henze zu seinem Antrag, dessen Berechtigung er damit begründet, daß in dem erwähnten Verein selbst viele Prinzipale Mitglieder seien und wenn diese eine solche Forderung erhoben, dann müsse man doch in der Lage sein, die Sonntagsruhe durchzuführen. Es würden auch Städte benannt, wo die Sonntagsruhe durchzuführen ist. Das müßte auch hier möglich sein, heute sei sie noch notwendiger denn früher. Es wird in der Eingabe auch darauf hingewiesen, daß verschiedene Geschäfte die Sonntagsruhe hier durchzuführen haben. Der Kommissar erklärt diesen Prinzipal nicht seiner Gründung. Und was dieser könne, werden andere auch können. Hinder ersucht, den Antrag, der übrigens noch von 16 weiteren hiesigen Vereinen unterstützt sei, dem Bürgerausschuß zu übermitteln.
Liders erinnert daran, daß den Bürgerausschuß ein derartiger Antrag beschlisse. Die Beratung sei jedoch durch den Krieg unterbrochen worden.
Sehr sehr jetzt die ungenügende Zeit zur Einführung der Sonntagsruhe. Viele Ladeninhaber seien in ihrem Erwerb durch die Kriegseingriffe behindert, da wäre es ein Unrecht, ihnen auch noch diese Erwerbsquellen zu rauben.
Ziele tritt für den Antrag Henze ein. Es handle sich nicht nur um die Angehörigen, sondern auch um die Geschäftsinhaber. Eine Umfrage habe ergeben, daß alle Geschäftsleute, mit Ausnahme von 6 größeren Inhabern, für die Sonntagsruhe zu haben seien.
In der weiteren Debatte beteiligten sich Liders, Dimpker, Ziele und wiederholt Henze, der auf die künftige Bevölkerung im Umkreise Lübecks hinweist, die sich sonst nach Köln, Augsburg, Garmisch und andere Städte verziehen würde. Hinder hat das Personal die Sonntagsruhe nicht so dringend nötig, sie überläßt sie es nicht. Man könne nachmittags von 1-3 Uhr schließen, das sei auch ein Entgegenkommen an das Personal. Nur bei reichsgesetzlicher Durchföhrung sei er für die Sonntagsruhe zu haben.
Henze wendet auf andere größere Städte, wie Kiel und Mienburg, die ebenfalls große Kaufkraft und kleinere Städte um sich hätten, wo gefordert werden könnte. Gerade jetzt, wo die Ernährung so wichtig ist, sei die Sonntagsruhe nötig. Im übrigen habe er der Begründung nicht mehr viel hinzuzufügen. Wenn selbst die selbständigen Kaufleute im Ober-Bereich dazu zu haben seien, dann müßten diese doch wissen, was sie wollten. Auch die Bureau- und Kaufleute und andere hätten großes Interesse an der Sonntagsruhe. Derselben Gründe, die Henze dagegen angeführt habe, läßt sich auch dafür anwenden. Einzelheiten müßten der Beratung des Bürgerausschusses unterliegen.
Der Antrag Henze wird abgelehnt.
Schluß 9 Uhr.

Ernährungsfragen.

Zur Kartoffelnot.

In der „Neuen Züricher Zeitung“, Nummer 1897 vom Montag den 20. November, ist folgendes zu lesen:
Aber die eingeföhrten Kartoffeln. In einigen Blättern der Reichszeitung wird Klage geführt über die Notlage der aus Deutschland eingeföhrten Kartoffeln. Diese seien nachher teilweise behädigt oder angefaulen angelangt. Ein in Lübeck erscheinendes Blatt glaubt keine Kritik mit einigen gerechtfertigten Lebenswichtigkeiten an die Anträge eines hiesigen Kaufmanns betreffen zu müssen. Nach ihm es konstatieren soll: eingeföhrten Kartoffeln müßte es allerdings ja, daß nicht lauter erdener Ware in die Schweiz gelangen. Wenn man nicht aus annehmen, daß eben Regel an Arbeitstätten für eine langjährige Ausföhrung bedarf und daß auch möglich weiterer Lieferung gewirkt werde. Deutschland war und ist berechtigt, möglichst große Gebirgs-

Kartoffeln in unser Land rollen zu lassen. Wir entnehmen der Einfuhrstatistik, daß am 16. d. M. über Basel, Singen und Konstanz 500 Wagen zur Einföhr gelangten.
Wolffs Depechem Bureau, das amtlich und halbamtlich bedient wird, meldet vor einigen Tagen, daß beschliffen worden sei, vom 1. Januar k. J. ab die ohnehin schon knappe Kartoffelration noch weiter herabzusetzen. Zu dieser Maßnahme bilden die Auslassungen der „Neuen Züricher Ztg.“ über die große Einföhr von Kartoffeln aus Deutschland eine treffliche Illustration.
Für die Arbeiterchaft ist die Kartoffelfrage die Lebensfrage. Die Herabsetzung der Kartoffelration von ein Pfund auf 2/3 Pfund für die städtische Bevölkerung ist hart. Nur wer noch Geld genug hat, um sich über die ihm zustehende äußerst knapp rationierte Menge von Lebensmitteln hinaus mit anderen, für die Arbeiter unerschwinglichen Bedarfsartikeln zu versorgen, kann die Behauptung wagen, die Arbeiterchaft könne sich mit 2/3 Pfund — häufig noch recht mangelhaften — Kartoffeln pro Tag und Kopf noch ernähren. Um zu leben und nicht krank zu werden, muß gegen eine weitere Herabsetzung des Notwendigsten energisch protestiert werden. Die Bevorzugung der Schwerarbeiter in der Rationierung von Lebensmitteln ist nur ein magerer Trost; davon werden die anderen nicht satt. Die maßgebenden Stellen müßten das bedenken. Nach unserer Ansicht bleibt nur noch die Zwangs-Massenföhrung für Stadt und Land, für arm und reich — alles gleich! — übrig.

1300 Mark Wochenverdienst.

Die „Deutsche Tagesztg.“ berichtet: In der letzten Sitzung der Freien Fleischerrinnung in Guben wurde bei der Besprechung der Fleischverwertung lebhaft darüber geklagt, daß die Viehhandelsverbände unnützlich das Fleisch verteuerten, da sie zu hohe Zuschläge für die Aufkäufer, die Vertrauensleute, die Gemeinden, und für sich erhoben. So wurde mitgeteilt, daß die beiden Vertrauensleute des Viehhandelsverbandes im Kreis Guben bei einem Prozentsatz von 1 1/2 einen Wochenverdienst von 1200 Mk. bis 1300 Mk. gehabt hätten. Auf Vorstellung bei der zuständigen Behörde sei infolgedessen eine Beförderung eingetreten, als jetzt nur ein Vertrauensmann tätig sei, der nur noch einen Zuschlag von 1/2 Prozent beziehe. Aber auch bei diesem herabgesetzten Prozentsatz verdiene der Vertrauensmann immer noch etwa 400 Mark in der Woche, im Monat also über 1600 Mk. Ein derartig hoher Verdienst an dem jetzt so raren und teuren Fleisch erscheint allerdings dem doch ganz unzulässig.

Ueberflug an Fleisch.

Von fortjährlicher Seite ist bei den Ernährungsdebatten, die im Haushaltsausschuß des Reichstages stattgefunden haben, mehrfach darauf hingewiesen worden, daß unter Viehstapel eine Höhe erreicht hat, daß Abschlächtungen in großem Umfange und damit eine Erhöhung der Fleischrationen nicht nur möglich, sondern dringend geboten sei. Die Vertreter der Regierung haben diesem Verlangen gegenüber Schweigen bewahrt. Nun wird die ganze Frage wieder ins Rollen gebracht durch eine von dem Zentrumsgesandten Dr. Treudel im Reichstage eingebrachte Anfrage, die ihren Ursprung zweifellos im Vorstand der von den Herren Dr. Heim und Schittenbauer geleiteten bayerischen Bauernorganisation hat. Es wird ausgeführt:

„In manchen Bezirken des Reiches haben die Landwirte gegenwärtig viel überhäudete Kinder und fette Schweine. Es werden an den Viehhändlern Stellen für die Heeresverpflegung mehr Tiere angeboten als angefordert werden. Die Zentralstelle für Heeresverpflegung hat bis heute den bayerischen Viehhändlern noch keinen Auftrag erteilt. Soll eine abzunehmende Zahl dieser Tiere dem Herrn Reichskanzler bekannt? In der Herr Reichskanzler bereit, Maßnahmen für sofortige Abnahme von angebotenen schlachtreifen Vieh zu treffen, um dadurch den Schwerarbeitern die Verpflegung mit Fett- und Fleischzulagen rascher zu ermöglichen.“

Wie auch von anderen Stellen bestätigt wird, kann in der Tat momentan von einem Viehmangel in Deutschland nicht die Rede sein. Die Futterernte ist so ausgezeichnet gewesen, daß das Vieh bis jetzt sehr gut durchgehalten werden konnte. So sehr es richtig ist, daß für den Heeresbedarf gelorgt werden muß, so wenig sollten die maßgebenden Stellen vergehen, daß das Reich und die Bundesstaaten auch die Mittel haben, der Zivilbevölkerung ein größeres Entgegenkommen zu bewiesen. Man wird auf die Verleugungstätigkeit durch die Zentral-Einkaufsgesellschaft nicht allzu große Hoffnungen setzen dürfen, denn diese Organisation hat in erster Linie die Aufgabe, alles für den Heeresbedarf zu erfassen, und nur was vom Heer nicht beansprucht wird, wird von der Z. E. G. der Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt. Die oben erwähnte Anfrage wird im Reichstage nicht mehr beantwortet werden können, weil das Parlament am Dienstag nicht mehr versammelt ist. Der Fragesteller hat deshalb erklärt, sich mit einer schriftlichen Antwort zu begnügen, und es muß dringend gewünscht werden, daß die Antwort nicht allzu lange hinausgezogen wird.

Keine Erhöhung der Brotzotationen.

Eine offizielle Nachrichtenstelle setzt auseinander, daß unsere Ernte an Brotgetreide die des Vorjahres um 16 v. H. übertrifft, daß also ein Zuwachs von etwa 1 1/2 Millionen Tonnen vorhanden ist. Dieser Zuwachs stehe aber für die allgemeine Erhöhung der Brotzotationen leider nicht zur Verfügung. Denn aus ihm müßten zunächst die Zulagen für die Schwerarbeiter, die Schwerarbeiter und die Jugendlichen gedeckt werden, die zusammen 920 000 Tonnen beanspruchen. Weiterhin werden etwa 100 000 Tonnen mehr wie im vergangenen Jahre zur Herstellung von Feinwaren zur Verfügung gestellt werden. Außerdem erfordere die Verpflegung des Heeres eine erheblich größere Menge von Brotgetreide. Es komme dann noch hinzu, daß zur Streckung des Brotgetreides in diesem Jahre infolge ungünstiger Witterung Kartoffeln nicht in unbegrenztem Grade zur Verfügung stehen. Nach all dem könne die Möglichkeit einer Herabsetzung der Brotzotation erst zur Erörterung gelangen, wenn im Januar des nächsten Jahres die zweiten Lieferungen an Brotgetreide bei der Reichsgüterdeckselle eingegangen sind, und sich ein Ueberfluß über den dann noch verbleibenden Rest ergab. Sollte sich dieser Rest als größer herausstellen, als zunächst angenommen werden muß, dann könnte eine Herabsetzung der Brotzotation in Frage kommen.
Das letztere ist nur dringend zu wünschen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Zustimmung des Bundesrats zum Zivildienstgesetz.
Der Bundesrat erteilte dem vom Reichstag angenommenen Entwurf eines Gesetzes betreffend dem bayerländischen Hilfsdienst Zustimmung.

Industrie und bayerländischer Hilfsdienst.

Der Kriegsausbruch der deutschen Industrie hat sich in einer aus allen Teilen des Reiches hart beklagten Verarmung mit dem neuen Gesetz befaßt und seine Auswirkungen in folgender Entschiedenheit niedergelegt:

„Der Kriegsausbruch der deutschen Industrie spricht seine einmütige Zustimmung zu dem Grundgedanken des Gesetzentwurfs über den bayerländischen Hilfsdienst aus. Ungeachtet dieses neuen und schweren Eingriffs in die Lebensverhältnisse und die Wirtschaft weite Kreise der deutschen Gewerbetätigkeit erklärt sich die deutsche Industrie, in der Ueberzeugung, daß in dem Deutschland so freventlich ausgezogenen Kampfe alle Kräfte für ein stetiges Bestehen einzusetzen sind, bereit, sie mit der ganzen Opferwilligkeit, die diesem großen vaterländischen Zwecke gebührt, an der Durchführung der allgemeinen Dienstpflicht zu beteiligen. Sie gibt aber der Erwartung Ausdruck, daß ihr bei dieser Durchführung ausreichende Gelegenheit zur sachverständigen Mitwirkung gegeben wird, sie erwartet ferner, daß das Gesetz die Dauer des Krieges nicht übersteigt, und daß die Aufnahme der Einzelbestimmungen unterbleibt, welche die Lebensfähigkeit der industriellen Betriebe für die Zukunft ernstlich gefährden und uns in Zustände hineinföhren würde, wie sie England, um die Arbeitsfähigkeit seiner Kriegsindustrie herzustellen, erst hat beseitigen müssen.“

Geheimrat Abels Fehdebrief an das R. E. V.

Die Gründe, die Prof. Abel-Jena veranlaßt haben, seinen Austritt aus dem Beirat des Kriegsernährungsamtes zu begründen, bilden schon seit einiger Zeit Gegenstand der öffentlichen Erörterung. Weit deutlicher als in den bisher bekannt gewordenen Mitteilungen wird Prof. Abel in einem an das Kriegsamt selber gerichteten Briefe, den dieses jetzt im Wortlaut bekannt gibt.

Nach einem Hinweis auf die geringe Inanspruchnahme seiner Mitarbeit und die Nichtbeachtung der von ihm gegebenen Anregungen schreibt Prof. Abel:

„Unmittelbar gezwungen, meinen Austritt zu erklären, werde ich aber dadurch, daß ich nach gewissenhafter Ueberzeugung die Art und Weise, wie das Kriegsernährungsamt seine Aufgaben ausführt, und die Maßnahmen, die es getroffen hat, in vielfacher Hinsicht nicht nur als verfehlt, sondern geradezu als gemeinshädlich und volksfeindlich erachten muß. Ich unterlasse es, auf Einzelheiten einzugehen, weil ich mir bei der Verschiedenheit der grundsätzlichen Anschauungen keinen Erfolg von ihren Erörterungen verspreche.“

Verkennen will ich nicht, daß die immer unbefriedigenden werdenden Zustände ihre Ursache zum Teil in dem passiven Widerstande, der Beständnislosigkeit und Schwächlichkeit der ausführenden Behörden haben. Aber daß große Teile der Bevölkerung heute in Wahrheit unternährt werden, während andere Teile, auch unter der feindlichen Bevölkerung in den besetzten Auslandsgebieten, so wie ein großer Teil der Kriegsgefangenen mehr haben, als sie brauchen; daß der Mittelstand systematisch zugrunde gerichtet wird; daß jüdische Gaunerei und agrarische Habgucht das Volk in unerträglicher Weise auspowern; daß im folgebessenen immer härtere Erbitterung weite Kreise erfaßt und auf gewaltsame Entladung zum Schaden des Staatsganzen hindeutet — alles das ist im wesentlichen Schuld des Ernährungsamtes, das nicht nach meiner Meinung allein sich seinen Aufgaben in keiner Weise gewachsen gezeigt hat.

Die jede freie Aeußerung knebelnde Zensur und die von mir übernommene Schweigepflicht hindern mich, jetzt öffentlich Kritik zu üben, die durch die Wichtigkeit der Sache geboten wäre. Nachdem aber mein Eintritt in den Beirat seitverzeit ohne mein Zutun öffentlich bekannt geworden ist, kann ich nicht verabsäumen, meinen Austritt aus dem Beirat wenigstens mit kurzer Begründung bekannt zu geben, soweit die Zensur es zuläßt. Denn ich muß mich vor der meinen guten Namen schädigenden Mißdeutung hüten, als heiße ich etwa die Tätigkeit des Kriegsernährungsamtes gut und als habe ich irgend welchen Teil an ihr.“

Die sachlichen Einwendungen, die Geheimrat Abel gegen die Tätigkeit des R. E. V. und die heutigen Zustände erhebt, sind keineswegs unbeachtlich, sie berühren sich in vielen Punkten mit der Kritik, die wir selber an dem jetzigen System geübt haben. Der offizielle „Lokal-Anzeiger“ bemüht sich zwar, indem er sich an die temperamentvolle Form des geharnischten Schreibens klammert, Geheimrat Abel durch Beschimpfungen, die die Heftigkeit dieses Schreibens bei weitem übertreffen, abzutun, aber der sachliche Kern der Abelschen Angriffe wird dadurch nicht widerlegt. Wir gestehen allerdings zu, daß Prof. Abel durch Uebertreibungen und böse Entgleisungen seinen Gegnern die Sache sehr erleichtert, wir können ihm ebenföwenig zugestehen, daß das R. E. V. schlechthin „gemeinshädlich und volksfeindlich“ wirkt (was nicht ausschließt, daß wir genug an ihm auszuföhren haben), wie wir Redewendungen von „jüdischer Gaunerei und agrarischer Habgucht“ nicht billigen können. Geheimrat Abel sollte lieber auf die Gesamtheit des schädlichen Kriegswuchers hinweisen, statt gegen bestimmte Volksklassen zu hetzen, von denen durchaus nicht erwiesen ist, daß sie in höherem Maße hieran beteiligt sind als andere.

Aber das ist uns nicht die Hauptsache. Wir fragen uns: Wäre es nicht besser gewesen, Prof. Abel hätte auf seinem Posten ausgeharrt, trotz aller Meinungsdivergenzen? Mit jähher politischer Arbeit für eine bessere Ernährung der Masse hätte er dem Volke doch letzten Endes mehr nutzen können, als durch den temperamentvollen Enttäuschungsbrief.

Zum Fall Mehring.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt folgende Auslassung:

„In der Reichstags-Sitzung vom 1. Dezember hat der Abgeordnete Dr. Cohn, Nordhausen, an den Reichskanzler eine Anfrage über die Schutzhafstangelegenheit des Schriftstellers Dr. Franz Mehring gerichtet, die vom Direktor im Reichsamt des Innern, Dr. Lewald, beantwortet wurde. Die Beantwortung hat bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine durch die Sachlage keineswegs gerechtfertigte Erregung hervorgerufen, die sich auch in einigen Presseführungen zur Sitzung spiegelt. Die von dem Direktor Dr. Lewald vertretene Anschauung ist vom Reichsjustizamt geprüft und entspricht der Rechtslage. Der Abgeordnete Dr. Cohn hatte aber wohl überhaupt kaum einen genügenden Grund, seine Anfrage zu stellen, da schon mehrere Tage vor ihrer Einbringung Direktor Dr. Lewald ihm mitgeteilt hatte, daß auf Anregung der Reichsleitung das Oberkommando in den Marken mit Rücksicht auf das Alter und den Gesundheitszustand des Dr. Mehring bereit sei, ihn aus der Schutzhafstange zu entlassen, wenn er einen diesbezüglichen Antrag stelle und das Versprechen gebe, fernerhin die Agitation zu unterlassen, die die Verfürgung der Schutzhafstange über ihn notwendig machte.“

Aus Nah und Fern.

Eisenbahnunfall. Amlich wird aus München gemeldet: In der Station Roehrmoos bei Dachau fuhr ein Güterzug infolge Ueberfahrens des Einfahrtsignals auf einen bereits in der Station stehenden Güterzug. Ein Wagenwärtler wurde getötet, zwei Bremser und ein Schaffner leicht verletzt. Der Materialschaden ist ziemlich erheblich.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Gemülich in Lübeck.